

"Wenn die Deutschen einen einzigen Tag so leben müssten..."

29. Oktober, 23 Uhr, auf dem Flug nach Tel Aviv

Luisa Morgantini, italienische Abgeordnete des EP und Vorsitzende des Entwicklungsausschusses, hat eine Fact Finding Mission nach Palästina und Israel organisiert. 14 Abgeordnete aus allen Fraktionen nehmen teil. Das Programm verspricht viele Informationen und Eindrücke. Wir haben zwar die erste und einzige „gelbe“ (sitzungsfreie) Woche in diesem Jahr, aber als Luisa mich fragte, war es klar, dass ich mitfahren wollte. Luisa ist schlechthin die Palästina-Abgeordnete des EP, und es dürfte wohl auch in nationalen Parlamenten in Europa keine Politikerin, keinen Politiker geben mit so vielen Kontakten in Israel und Palästina wie sie. Im übrigen nicht einfach Kontakte, sondern herzliche und intensive menschliche Beziehungen. Zwei meiner Reisen in den Nahen Osten habe ich mit ihr unternommen und konnte erleben, dass ihr an jeder zweiten Straßenecke plötzlich ein Mensch um den Hals fiel. Es wird anstrengend werden; das Besuchsprogramm verspricht es, und Luisa ist es ohnehin. Ihre Herzlichkeit kann anstrengend sein, und Widerspruch mag sie nicht, aber so ist sie eben, so mag ich sie.

Arafat, den wir am Dienstag in Ramallah treffen sollten, ist krank nach Frankreich ausgeflogen worden. Aber dieser Termin war mir ohnehin nicht wichtig. Ich habe Yassir Arafat vor 15 Monaten in der Muqataa besucht, in der die israelische Regierung den kranken alten Mann seit mehr als zwei Jahren isoliert. Meine Neugier ist befriedigt. Neues war damals und wäre heute von ihm nicht zu hören. Er ist aller Propaganda aus Israel, den USA oder der BILD-Zeitung zum Trotz nicht das Problem, doch Impulse für eine Lösung und für eine demokratische Entwicklung in Palästina gehen von ihm auch nicht mehr aus. Ich freue mich auf Israel und Palästina, weiß aber schon jetzt um das Gefühl einer traurigen Hilflosigkeit, das alles beherrschen wird. Natürlich werden die palästinensischen Selbstmordanschläge und die israelischen Militäraktionen und die fast täglichen Toten gemeldet, aber die internationale Gemeinschaft hat diesen Konflikt und seine Opfer vergessen.

30. Oktober, 8.30, UN Office on Coordinating Humanitarian Aid (OCHA) in Jerusalem

Um fünf Uhr morgens war ich im Hotel Ambassador in Ostjerusalem. Diesen Tag muss ich mit zwei Stunden Schlaf durchstehen. Stolze 100 Dollar wird die "Übernachtung" dennoch kosten. Mike, ein äußerst zuverlässiger und warmherziger Mensch, ein Palästinenser, den ich von früheren Besuchen kenne, hat mich und zwei andere Abgeordnete nachts um drei vom Flugplatz in Tel Aviv abgeholt.

Vegard Pettersen, der Chef des OCHA-Büros informiert uns detailliert über die humanitären, wirtschaftlichen und sozialen Probleme, die die Mauer und die zahlreichen Straßenblockaden und Checkpoints in den besetzten Gebieten verursachen. Er spricht von einer humanitären Krise. Insgesamt gibt es inzwischen 703 unterschiedliche Sperren, die die Bewegungsmöglichkeiten der Palästinenser in ihrem eigenen Land und den Wirtschaftsverkehr ersticken: 60 Checkpoints zum Beispiel, von denen oft genug nicht bekannt ist, wann und ob sie überhaupt geöffnet sind, 6 „partial checkpoints“, 45 „road gates“, 90 Betonblockaden, mit denen die Passage von Straßen unmöglich gemacht wird, 350 Erdwälle und Gräben, die die Straßen für Autos unpassierbar machen. Teuer gewordene Taxis bringen Menschen bis zu solchen Hindernissen; dahinter warten andere, die sie weiterbefördern. Viele

Straßen sind für Palästinenser aber ganz und gar verboten, der Besitz und die Nutzung von Motorrädern und Mopeds ebenso. 210 von 622 geplanten Kilometer der Mauer (Pettersen spricht neutralisierend von „barrier“) sind inzwischen fertig, teilweise als hoher und elektronisch gesicherter Zaun, teilweise auch als gewaltige neun Meter hohe Betonmauer wie im nahen Abou Dis, ergänzt von einer 50 bis 300 Meter breiten Pufferzone, in der weitere Sperranlagen verlaufen – durchweg nicht auf israelischem, sondern auf palästinensischem Grund und Boden, der dafür rücksichtslos enteignet wird. An vielen Stellen reicht die Mauer weit in die besetzten Gebiete hinein, trennt Bauern von ihren Feldern und Märkten, eine palästinensische Gemeinde von der anderen. Elf palästinensische Städte und Dörfer sind rundum von der Mauer umgeben, 76.900 Menschen sind dort faktisch eingesperrt, weitere 16.300 in zwölf „closed areas“ zwischen der Grenze zu Israel und der östlich, auf palästinensischem Gebiet verlaufenden Mauer (85 Prozent der Mauer verläuft jenseits der Grenze zwischen Israel und den 1967 besetzten Gebieten). Die Pläne der israelischen Regierung zur Annexion weiter Teile des Westjordanlandes und zur Bantustanisierung Palästinas lassen sich am Verlauf der Mauer bereits jetzt klar erkennen: Das gesamte fruchtbare Jordantal (mit seinen strategischen Wasservorräten, die in diesem Weltteil künftig wohl bedeutsamer als Erdöl sein werden) soll an Israel angegliedert und auf der Höhe Jerusalems durch die Siedlungspläne E1 mit Israel verbunden werden. Den Palästinensern werden vier von einander getrennte Gebiete bleiben: Gaza (allerdings ohne den Grenzstreifen zu Ägypten), ein Gebiet rund um Jenin im Norden, eines von Ramallah bis Jericho und eines um Bethlehem und Hebron im Süden. Die Aufspaltung und neuen Annexionen sind längst im Gange: durch die schnell wachsenden jüdischen Siedlungen, ihre Verbindungstrassen (Bypass roads genannt; auch sie auf palästinensischem Land), die Mauer, die Verbote, die Kontrollpunkte und Hindernisse. Allein der neu gebaute Highway 442 sperrt weitere 40.000 Menschen ein. Die palästinensische Wirtschaft ist praktisch zusammengebrochen (das Bruttosozialprodukt ist in den vergangenen vier Jahren von 4 Milliarden auf 1 Milliarde US-Dollar zurückgegangen). Vegard Pettersen rechnet vor, dass die palästinensische Bevölkerung gegenwärtig jährlich eine Milliarde Dollar Hilfe erhält, die höchste pro Kopf in der Welt. Wenn man sie verdoppelte, würde die Armut um 8 Prozent, beseitigte Israel dagegen die Hindernisse in Palästina würde sie um 15 Prozent verringert.

Pettersen ist UN-Beamter, zur Neutralität verpflichtet, aber man merkt ihm an, wie nahe ihm die Situation von Millionen Palästinenserinnen und Palästinensern geht. Die Arbeitslosigkeit ist in den letzten vier Jahren von 10 auf 40 Prozent gestiegen, in einigen Regionen auf 80 Prozent, die Zahl der Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, nahm von 22 auf 50 Prozent zu. Die Nahrungsmittelhilfe musste verfünffacht werden. Wer in den Enklaven oder „closed areas“ lebt, benötigt eine Genehmigung, um sie verlassen, beispielsweise zu den eigenen Feldern jenseits der Mauer gelangen zu können. Diese Genehmigung gibt es nur für sechs Monate, für Männer nur, wenn sie älter als 35 Jahre sind und nur für einen Kontrollpunkt, der zweimal am Tag, morgens und abends geöffnet wird. Traktoren sind verboten, das Übernachten auf den Feldern ebenso. Wer unter solchen Umständen nicht mehr fähig ist, seine Flächen zu bewirtschaften, wird enteignet.

Besonders schlimm ist die Situation im Gaza-Streifen, in dem 1,3 Millionen Palästinenserinnen und Palästinenser leben. Hier sind es 68 Prozent unter der Armutsgrenze, und nicht zufällig könnte die (ursprünglich von Israel gegen die PLO protegierte) Hamas bei Wahlen inzwischen mit einem Drittel der Stimmen rechnen.

Auch der Gazastreifen ist von Israel durch jüdische Siedlungen und Straßen in drei Teile getrennt worden, oft ist es Bewohnern tagelang nicht möglich vom südlichen Rafah nach Gaza City oder ins nördliche Jabalia zu gelangen, keine zwanzig Kilometer Entfernung. Sharons Abzugsplan wird wenig bessern. 1497 Gebäude, das Zuhause von mehr als 15.000 Menschen, hat die israelische Armee in den letzten Wochen zerstört, und die weitere Entvölkerung an den Grenzen zu Israel und Ägypten ist bereits geplant.

Halb zehn, Abou Dis

Hier war ich im Sommer 2003. Nun ist die Mauer fertig. Was ich als Provisorium in Erinnerung hatte und eben auf Landkarte gesehen, im Briefing gehört hatte, steht da: neun Meter schockierend hoch, grau, gespenstisch kalt. Terry Boullata, eine palästinensische Lehrerin, die während der ersten Intifada lange inhaftiert war, begrüßt uns: „Welcome to our Ghetto.“ Ich würde diesen Ausdruck vermeiden, doch diese Mauer hat tatsächlich einen anderen Zweck, als Israel vor den entsetzlichen Selbstmordanschlägen zu schützen und Israelis und Palästinenser zu „separieren“. Wenn sie wirklich Sicherheit für Israel bringen könnte, ich würde sie akzeptieren, auch wenn langfristig Sicherheit nur miteinander gewährleistet werden kann. Dann müsste die Mauer aber an der „green line“ verlaufen, der Grenze von 1967. Stattdessen ist die Mauer in erster Linie ein Instrument zur palästinensischen Enteignung und zur endgültigen Okkupation weiter Teile der Westbanks. Außerdem zerstört sie die sowieso geringen wirtschaftlichen und politischen Existenzbedingungen eines palästinensischen Staates. Sie trennt nicht Israelis und Palästinenser, sondern die Palästinenser voneinander. Sie ist auch nicht Sicherheit für Israel, sondern Unsicherheit für die Palästinenser: soziale und wirtschaftliche Unsicherheit, Demütigung, nicht nur ideologische Kriminalisierung eines ganzen Volkes, sondern seine reale Kriminalisierung durch die zahllosen Verbote und Hindernisse, durch die Willkür der israelischen Armee, Polizei, Behörden, die Rechtlosigkeit und fast völlige Rechtsunsicherheit für die Palästinenser.

Demonstranten haben Poster von Arafat an die Mauer geklebt, Losungen gemalt („Stop this wall!“, „Stop the occupation!“). Terry Boullatas Haus liegt jenseits der Mauer, in Ostjerusalem, das Israel von den anderen besetzten Gebieten abgetrennt hat, und noch gibt es eine schmale Stelle, an der man über einen Erdwall, Müll und Betonschutt zu ihm gelangen kann. Terrys Mann jedoch, der keine Genehmigung für Ostjerusalem hat, darf legal nicht im eigenen Haus übernachten. Ein kleines Hotel gleich gegenüber und das Land, das seiner Familie seit 700 Jahren gehört hatte, ist nach Jerusalem „eingemeindet“ und also enteignet worden. In ihm ist jetzt ein Polizeistützpunkt. Die Konfiszierung palästinensischen Eigentums erfolgt ganz und gar unbürokratisch. Die Besitzer werden nicht persönlich oder brieflich informiert; man hängt eine Bekanntmachung an einen Straßenbaum. Wer die zufällig liest und die militärtopografischen Karten versteht, hat vielleicht noch eine Chance, die juristische Einspruchsfrist zu nutzen. Alle anderen sind nach einer Woche bar jeder rechtlichen Möglichkeit. Terrys Mann meint: „Für sie existieren wir nicht als Menschen und nicht als Rechtssubjekte.“ Die Diskriminierung ist alltäglich. Zweihundert Meter entfernt wird eine neue jüdische Siedlung errichtet. Abfallcontainer stehen da. Terry und die anderen palästinensischen Anwohner haben kein Recht darauf – angeblich aus Sicherheitsgründen. Illegale jüdische Siedler haben jeden Tag Wasser, die Palästinenser im Sommer nur an zwei oder drei Tagen in der Woche.

Abou Dis war ein Vorort Jerusalems. Die Stadt hat sich inzwischen natürlich keinen Millimeter von Jerusalem entfernt, aber Vorort ist sie nicht mehr. Besatzungsgesetze und die Mauer haben beide Städte mehr getrennt als es einhundert Kilometer könnten. Abou Dis' Einwohnerinnen und Einwohner haben bis 1967 Schulen, Krankenhäuser und viele andere Einrichtungen in Ostjerusalem genutzt. Nun ist es für viele verbotenes Gebiet, oder sie haben weder Zeit noch Geld, um die stundenlange Fahrt in das fünfzig Meter entfernte Ostjerusalem zu schaffen. Terry Boullata und andere, mit denen wir an diesem Vormittag reden, sprechen von einer doppelten Apartheidpolitik: einer Apartheid gegen die Palästinenser insgesamt und einer Apartheidmauer zwischen den Palästinensern.

Mittags fahren wir zum Qalandiya-Checkpoint nördlich von Jerusalem. Es geht vorbei an großen, schnell expandierenden jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten, meist strategisch beherrschend auf Bergkuppen angelegt, an palästinensischen Städten, die von verbotenen Straßen, Stacheldrahtzäunen und der Mauer eingepfercht sind, und an elenden Beduinendörfern in den Tälern. Taxis und andere Autos aus Ramallah bringen Menschen bis zum Checkpoint, den sie zu Fuß passieren müssen. Eine sehr alte, hinfällige Frau, die von einem Mann gestützt wird, vielleicht ihrem Sohn, fällt mir auf. Es sind wohl zwei- oder dreihundert Meter durch ein Gewirr von Stacheldrahtverhauen, Sperren, Bunkern, Kontrollen und einigen Dutzend sehr jungen Soldaten. Ich weiß nicht, was sie denken. Sie wirken sehr selbstbewusst, selbstsicher und überlegen. Sind sie es auch? Ich weiß es nicht. Gefragt, antworten sie, dass sie ihre Pflicht täten, dass Israel Sicherheit brauche. Ob sie sich nicht vorstellen könnten, wie demütigend das alles sei für die Palästinenser im eigenen Land. Nein, wir halten unsere Vorschriften ein. Vier junge Palästinenser, drei etwa achtzehn Jahre alte Männer und ein Mädchen, erzählen uns, dass ihnen ihre gültigen Dokumente vor zwanzig Minuten abgenommen worden seien. Sie wüssten nicht, warum und nicht wie lange sie warten müssten. Der Soldat, den wir um Auskunft bitten, antwortet wieder nur: Wir haben unsere Vorschriften. Wer den Checkpoint passiert hat, kann auf der anderen Seite wieder ein Taxi oder einen Kleinbus nehmen. Früher brauchte man eine gute Viertelstunde von Ramallah oder Bethlehem nach Jerusalem, für Palästinenser ist es inzwischen fast eine Tagesreise. Die direkte Verbindung ist für sie gesperrt und wird gerade mit der Mauer bebaut, und vor Jerusalem wartet ein weiterer Kontrollpunkt auf sie. Jesus würde heute kaum noch nach Jerusalem gelangen. Ein kleines Stück Beton habe ich mir hier von der Mauer abgeschlagen. Mein schwedischer Kollege Karl sagt: „Auch wenn sie noch viel höher als die Berliner Mauer ist, irgendwann wird es ihr ebenso ergehen.“ Geschichtlich wird es ohne Zweifel so sein. Die Gegenwart wird davon nicht besser.

14 Uhr, bei Albert Agazarian in der Schwedischen Christlichen Mission in Altjerusalem

Albert Agazarian ist in Altjerusalem geboren. Vom Dach der schwedischen Mission zeigt er uns sein nahes Geburtshaus im Dächermeer der alten Stadt. Temperamentvoll wirbt er für die Rechte der Palästinenser und zählt die Diskriminierungen auf. 200.000 Palästinenser seit der Okkupation haben ihr Wohnrecht in Jerusalem verloren. Israel hat die Stadtgrenzen weit in das besetzte Gebiet ausgedehnt. Das Konzept für die Stadtentwicklung beschreibt Agazarian als „Maximum Land und Minimum Nichtjuden“. Eine seiner vielen Anekdoten könnte das Motto für unsere Reise sein: Ein Mann geht ins Krankenhaus und verlangt einen Arzt für seine Augen und seine Ohren. Nein, sagt man ihm, da müssen Sie einen Augenarzt oder einen HNO-Arzt aufsuchen, es gibt keinen Arzt für Auge und Ohr.

Doch sagt der Mann, ich brauche einen einzigen für beides, denn ich sehe, was ich nicht höre und höre, was ich nicht sehe. Man müsste alle europäischen Politiker mal eine Woche durch Palästina schicken. Vielleicht sehen und hören sie dann doch, was dort tatsächlich los ist.

Am Nachmittag lasse ich mich durch die Gassen der Altstadt treiben. Festlich gekleidete Familien orthodoxer Juden sind auf dem Weg zur Klagemauer (es ist Sabbat), Palästinenser kaufen für das abendliche Essen nach dem Ramadan-Fasten ein, Touristen, von denen es aber seit Jahren nicht mehr sehr viele gibt, suchen nach dem Kreuzigungsweg oder lassen sich vom Wortschwall eines der zahllosen Händler in den Laden ziehen. Ich will heute einfach nur die bunte und laute Basaratmosphäre zwischen Jaffa- und Damaskustor auf mich wirken lassen. Ich muss nur aufpassen nirgends zu viel Interesse zu verraten, damit ich an den Händlern vorbeikomme.

18 Uhr Treffen mit israelischen Wehrdienstverweigerern (Refusniks) im Hotel
Haggai Matar und Shimri Zamaret sind beide zwanzig Jahre alt. Sie haben zwei Jahre im Gefängnis verbracht, weil sie den Wehrdienst in der israelischen Armee verweigert haben, die für sie eine Okkupationsmacht ist. Vor Gericht hat sich Haggai auf die Meinungsfreiheit und darauf berufen, dass die Armee nicht Israel verteidige, sondern ein anderes Volk unterdrücke. Haggai und Shimri erzählen ohne Bitterkeit. Sie haben offene, sehr junge Gesichter. Ihre Entscheidung hatten sie sehr bewusst getroffen. „Was ich vor zwei Jahren vor dem Kriegsgericht erklärt habe“, sagt Haggai, „ist als Buch erschienen. Ich nehme kein Wort davon zurück, aber heute ist alles noch viel schlimmer – das Vorgehen der israelischen Armee im Gazastreifen, das Alltagsleben der Palästinenser, ihre wirtschaftliche Situation, ihre Unterdrückung und Demütigung, auch das Leben in Israel. Ich glaube nicht an die USA, nicht daran, dass Bush Israel ernsthaft zur Beendigung der Besatzungspolitik auffordern wird, deshalb verstehen Sie bitte meine Handlung und meine Worte als Aufforderung an die Europäer, endlich aktiv zu werden und Druck auf Israel auszuüben.“

Neben den beiden jungen Männern sitzt Yonathan Shapra, etwa dreißig Jahre alt, kräftig, durchtrainiert, braun gebrannt, seine Hände sind groß und schlank, der markante Kopf kurz rasiert, die blauen Augen blicken sehr aufmerksam, man glaubt sicher sein zu können, einen Soldaten vor sich zu haben. Schon als wir das Zimmer betraten und ich noch gar nicht wusste, wer er ist, war ich von ihm beeindruckt. Er ist Hauptmann, seit mehr als zehn Jahren bei der Armee, Hubschrauberpilot. Yonathan spricht ruhig, überlegt: „Ich habe viel länger gebraucht, um aus meiner Erziehung auszubrechen, Konsequenzen aus dem zu ziehen, was ich mit der Armee in den besetzten Gebieten erlebt habe. Diese jungen Verweigerer sind die besten Soldaten, die Israel hat. Ich habe erst spät erkannt, dass es nicht um die Verteidigung meines Landes, sondern um eine Okkupation und um die Interessen der illegalen jüdischen Siedler geht.“ 27 Piloten haben inzwischen den Dienst in den besetzten Gebieten verweigert. Yonathan spricht davon, dass viele Raketenangriffe inzwischen von unbemannten Flugzeugen aus gestartet werden. Offiziere lösen den Angriff an einem Computer in fernen Kommandoräumen aus. Ein Gefühl, dass sie in diesem Augenblick töten, haben sie nicht: „Die israelische Gesellschaft nimmt nicht zur Kenntnis, was wir in den besetzten Gebieten tun. Ich habe viel zu spät gehandelt. Ich will weiteres Töten verhindern.“

Ofem, der ebenfalls zu den Refusniks gehört, ist dreiundzwanzig. Als ihm ein Aufklärungsoffizier der Luftstreitkräfte sagte, Israel könne Syrien in einem eintägigen

Krieg besiegen, fragte er sich, ob der Offizier sich überhaupt bewusst sei, dass er von Krieg spreche, von Toten, Verletzten, Verwüstung. Ofem meint: „Wir brauchen eine Änderung in der ganzen Tiefe unserer Gesellschaft, in der Erziehung, Bildung, den Medien, der Kultur, denn die Okkupation Palästinas ist nur eine Erscheinung für die umfassende Fehlentwicklung und die Militarisierung der ganzen Gesellschaft: „Wir sind stolz darauf, die einzige Demokratie im Nahen Osten zu sein. Aber wenn überhaupt gilt das nur für die Israelis selbst, den Palästinensern räumen wir keine Rechte ein und unterdrücken sie.“

Haggai, Shimri, Ofem und Yonathan erzählen weiter. Unsere Zeit ist eigentlich um. Andere Gesprächspartner warten bereits - vom Israelischen Komitee gegen die Zerstörung palästinensischer Häuser (eine häufige Praxis der israelischen Armee und Justiz), von Bat Shalom (Frieden jetzt), einem alternativen Informationszentrum, vom Jerusalem Center for Women, in dem sich palästinensische Frauen für die Versöhnung engagieren und von der Tayish Movement (das arabische Wort für Partnerschaft, das Jüdinnen und Juden nutzen, die gemeinsam mit Palästinensern gegen die Besatzungspolitik arbeiten wollen). Dass es diese und andere Organisationen gibt, die sich dem beiderseitigen Hass entgegenstellen, ist ermutigend, auch wenn ich von Besuchen aus den 90er Jahren weiß, dass die Friedenskräfte auf beiden Seiten damals wesentlich stärker und einflussreicher waren. Was wir zu hören bekommen, ist jedoch bedrückend. Wieder fällt das Wort von der Militarisierung der Gesellschaft. Yonathan sagt, die Propaganda stelle Israel als Opfer da, „aber wir sind Täter und Opfer zugleich. Wir haben eine Ideologie wie das alte Sparta. Und die Nation kennt die Tatsachen der Okkupation nicht oder ignoriert sie.“ Er berichtet, dass man vornehmlich junge, unverheiratete Soldaten an die Checkpoints wie in Qalandiya schicke. Sie hätten weder das Empfinden, wie sehr sie die Palästinenser entwürdigten, noch Skrupel. Viele Soldaten hätten jedoch später psychologische Probleme, und es gebe auch eine zunehmende Zahl „grauer“ Verweigerer, die sich mit Gesundheitsattesten und anderen Mitteln, manchmal auch mit stillschweigendem Verständnis von Vorgesetzten, dem Dienst in den Westbanks und im Gazastreifen entziehen. Einer seiner Freunde, ebenfalls Kommandant eines Apache-Hubschraubers, habe zwei Unschuldige mit einer Rakete getötet. Er habe von seinem Kommandeur die Zusage verlangt und erhalten, nie wieder in eine solche Situation kommen zu können. Ich frage Yonathan, wie seine Familie auf seine Verweigerung reagiere. Der Vater, der in der Rüstungsindustrie arbeitet, antwortet er, habe kein Verständnis für ihn, aber die Mutter hat sich inzwischen einer jüdischen Gruppe angeschlossen, die an den Checkpoints das Verhalten der Soldaten kontrolliert.

Um Viertel Neun treffen wir uns noch mit europäischen Diplomaten. Einschätzungen, die mich etwas hoffnungsvoller machen könnten, sind auch da nicht zu hören. Aber wenn ich an Yonathan und seine Mutter denke, an Haggai, Shimri, Ofem, Terry – weiß ich von einer menschlichen Wärme und Verantwortung, die vom beiderseitigen Terror und der erbarmungslosen Besatzungspolitik nicht zerstört werden können.

31. Oktober, 9 Uhr

Wir sind auf der Fahrt nach Qalqilya, einer palästinensischen Stadt nordöstlich von Tel Aviv. In der Nähe unseres Hotels fahren wir an einer von Polizei oder Militär bewachten Bushaltestelle vorbei, die den Zugang kontrollieren, wie auch viele Restaurants, Hotels, Supermärkte und öffentliche Gebäude nur nach Taschenkontrolle oder durch einen Metalldetektor betretbar sind. Hier hatte während

meines Aufenthaltes vor einem Jahr einer der blutigen Selbstmordanschläge stattgefunden. Wir hatten damals wenige Stunden danach einen Kranz niedergelegt. Der Terror gegen Zivilisten ist für die meisten Israelis ein Trauma, auch wenn das Alltagsleben offenkundig nicht von diesen vielfachen Erfahrungen geprägt ist. Tel Aviv, Haifa oder Jerusalem haben das bunte und offene Straßenleben wie in den meisten südlichen Ländern.

Es ist nicht einfach im Bus einigermaßen leserlich zu schreiben. Ich habe schon oft beim Abschreiben meiner Notizen rätselnd vor meinen Hieroglyphen gesessen, ohne sie wieder entziffern zu können. Ich hab schon wieder den Ramadan erwischt für meine Besuche in der islamischen Welt. Kein Essen, Trinken, Rauchen bis zum Abend. Auch wenn in Palästina Vieles nicht so streng gehandhabt wird wie in Afghanistan, halte ich mich daran. Ich meine, dass es einfach eine Frage der Achtung einer anderen Kultur, Religion, der Sitten von Menschen ist. Einer meiner Kollegen, der sich gestern auf der Straße eine Zigarette anzündete, wurde von einem älteren Mann auch ziemlich aggressiv auf den Ramadan hingewiesen, jedenfalls verstand ich dieses Wort und der Tonfall war ohnehin unmissverständlich.

Die gut ausgebaute Autobahn führt über enteignetes palästinensisches Land. Mike, der uns begleitet, erzählt, dass diese Straße, nicht nur die nahen palästinensischen Städte und Dörfer von einander trennt (zu beiden Seiten ist sie stellenweise auch mit Stacheldraht geschützt; es gibt eben nicht nur die Mauer), sondern dass die Bewohner der Westbanks sie auch nicht benutzen, nicht einmal überqueren dürfen. Mike hat eine „Residenzgenehmigung“ für Ostjerusalem – ein gewisses Privileg, aber zugleich auch ein Instrument, um Ostjerusalems von den okkupierten Gebieten abzuspalten. Kilometerweit sehe ich, dass alle Zufahrtsstraßen und –wege zum Highway mit Barrieren oder durch Schützenpanzer der israelischen Armee versperrt sind. Wir kommen an einen Checkpoint, immer noch weit innerhalb der Westbanks, können ihn aber zügig durchfahren und biegen schließlich auf die Straße Nr. 6 ab, die parallel zur Mittelmeerküste durch eine fruchtbare und intensiv landwirtschaftlich genutzte Gegend nach Norden führt. Gegen 10 Uhr erreichen wir Qalqilya an, das heißt, wir fahren zunächst an der von einer Mauer umgebenen Stadt vorbei, dann durch eine massiv bewachte und militärisch ausgebaute Straßenkontrolle, zwischen Wachtürmen hindurch. Dann erst sind wir im Ort.

Qalqilya

Die Stadt und ihre 45.000 Einwohnerinnen und Einwohner sind komplett von der Mauer eingeschlossen, ähnlich auch die 50.000 Menschen in 32 benachbarten Dörfern. Um wenigstens zu einigen von ihnen gelangen zu können, hat Israel „großzügigerweise“ einen Tunnel zwischen Qalqilya und einigen Nachbarorten bauen lassen, der den Highway unterquert. Seine Ein- und Ausfahrten sind jedoch absperrbar mit großen Stahltoren. Die Stadt lag einmal an der Hauptstraße, die vom Norden in das wenige Kilometer entfernte Tel Aviv führt. Bauern, Gärtner, Handwerker und Händler lebten gut von ihren Kunden aus Israel. Nun ist die Straße dicht. Der nördliche Checkpoint ist geschlossen; nur jener im Süden, durch den wir gekommen waren, ist zumindest stundenweise passierbar. Die Mauer ist hier im Norden der Stadt nur vier Meter hoch, aber ein Elektronikzaun, zwei Stacheldrahtverhaue, ein Wachturm und eine extra gebaute Militärstraße geben jenen, die in Qalqilya wohnen, das Gefühl, Gefängnisinsassen zu sein. Wir unterhalten uns mit dem etwa fünfzigjährigen Besitzer einer Gärtnerei, keine 100 Meter von der Mauer entfernt. Sein Land jenseits der Mauer darf er nicht mehr

bewirtschaften. Dort hatten einmal zehn Beschäftigte Arbeit, die Gewächshäuser sind zerstört. Nur seine beiden achtzigjährigen Eltern leben noch dort. Was er in Qalqilya selbst produziert, findet kaum noch Käufer. Seine Zitronen- und Orangengehölze, Rosen, Palmen oder die Zimmerpflanzen gebe er zu jedem noch so niedrigen Preis ab, der ihm geboten werde. Im Sommer vor vier Jahren habe er einmal einen LKW nach Nablus geschickt (30 km entfernt), der wurde von israelischen Soldaten zwei Tage aufgehalten. Alle Pflanzen waren vertrocknet. Das israelische Militär habe ihn mehrfach aufgefordert, seine verbliebenen Gewächshäuser an der Mauer aufzugeben. Die transparenten Planen, mit denen die Pflanzen gegen die grelle Sommersonne geschützt werden, sind an zahllosen Stellen von Schüssen durchsiebt. Die Gartenerde müsse er aus Israel beziehen; 200 Dollar je LKW, aber verkaufe könne er nichts mehr dorthin. „Wie überleben Sie?“, frage ich ihn. „Es gibt nur einen einzigen Grund: Weil der Tod mich noch nicht geholt hat.“ Hoffnung hat er nicht. „Niemand in der Welt“, sagt er, „hat die Macht Israel zu stoppen, und niemand will es, nicht die USA, nicht Europa, nicht die arabischen Länder. Es gibt keine Hoffnung für uns. Es gibt nur noch Allah für uns.“ Während wir mit ihm reden, kommt ein Jeep, zwei Männer von der städtischen Landwirtschaftsbehörde steigen aus. Sie wollen die Jahresgebühr von 800 Schekel kassieren. Aber er hat das Geld nicht. Auch Elektroenergie hat er bereits seit längerem nicht mehr bezahlt. Der Strom soll ihm auch abgeschaltet werden. Lächelnd, aber sehr bitter meint er: „Statt uns zu helfen, wollen sie Geld.“

Wir fahren in das Stadtzentrum, zum Bürgermeister in das Rathaus. Ich versuche zu erkennen, wie das Angebot in den Geschäften ist. In Deutschland würde ich im Vorbeifahren wenig davon erfahren. Hier aber beginnen die Läden nicht hinter dem Schaufenster, sondern mit ihren Auslagen auf dem Gehweg. Alles, was billig ist, ist vorhanden. Spielzeug, sehe ich, fast nur aus Kunststoff, Küchengeräte ebenso.

Marouf Zahran, Qalqilyas Bürgermeister, gehört zu den palästinensischen Pazifisten, die einen friedlichen Widerstand gegen die israelische Politik und die Entmilitarisierung der Intifada wollen. Er führt eine Gruppe von 20 palästinensischen Bürgermeistern, die eine gemeinsame Konferenz mit 20 israelischen Bürgermeistern durchführen wollen. Er erzählt, dass Israel schon 1956 einen Zaun entlang der Grenze gebaut habe, damals noch auf israelischem Gebiet (Qalqilya liegt direkt an der „grünen Linie“). Es habe damals oft Angriffe auf die Stadt gegeben, und im Sechstagekrieg 1967 wurden sämtliche Einwohner für vierzig Tage evakuiert, fast die Hälfte der Stadt sei damals von Bulldozern eingerissen worden; 17.000 Menschen lebten bis heute als Flüchtlinge in Jordanien. Die meisten Menschen hier, sagt er, sprächen auch hebräisch. Es habe bis 1995 viele persönliche und wirtschaftliche Beziehungen, auch gemeinsame Unternehmen mit Israelis gegeben. Aber dann wurde die Straße unterbrochen, eine Ringverbindung um Qalqilya herum und schließlich die 14 km lange Mauer gebaut, ausschließlich auf palästinensischem Land, weitere 24 km Mauer umgeben die benachbarten palästinensischen Dörfer. Allein in dieser Region sind 23 jüdische Siedlungen auf palästinensischem Land errichtet worden. Jenes Land, das nicht für die Mauer oder die Straßen selbst, sondern nur während der Bauarbeiten benötigt wurde, sollte den Besitzern zurückgegeben werden. Er zeigt uns ein Dokument, in dem israelische Behörden das zusichern. Geschehen ist es nie. 100 Meter ist der Mauerstreifen mit seinen verschiedenen Sicherungssystemen an vielen Stellen breit, weitere 45 Meter auf beiden Seiten dürfen nicht betreten und nicht bearbeitet werden. Viel Boden ist den Bauern in dieser dicht besiedelten und landwirtschaftlich intensiv genutzten Gegend

allein dadurch verloren gegangen. 105.000 Bäume wurden für den Mauerbau gerodet. 50 Dollar hat die israelische Armee als Schadenersatz für jeden Olivenbaum geboten. Doch dieses Angebot hat nicht ein einziger akzeptiert, weil es eine Anerkennung des Raubes gewesen wäre.

33 Häuser, vor allem Restaurants und Geschäfte, am südlichen Stadtausgang, die bis dahin vom Durchgangsverkehr profitiert hatten, wurden von der Armee gesprengt (wir sehen die Trümmer später), zwei Menschen bei den Protesten gegen die Enteignungen und den Mauerbau erschossen. Die Bauern sind von ihren Ländereien getrennt. Man benötigt eine Genehmigung, um auf das eigene Land zu gelangen. Obwohl die Menschen in der Stadt den Antrag für einen Passierschein als Anerkennung der Mauer empfinden, hätten sie ihn doch gestellt. Aber von 1000 Anträgen seien nur 300 genehmigt worden, nur für Männer, die älter als 35 und verheiratet sind, mindestens ein Kind haben und nur für zwei Monate. Eine Klage beim Obersten Gerichtshof Israels blieb ergebnislos. Diplomaten aus allen europäischen Staaten und Kongressmitglieder aus den USA seien in den vergangenen Jahren in die eingeschlossene Stadt gekommen und von der Situation schockiert gewesen. Nichts hat genutzt. Wann und wie lange der einzige Kontrollpunkt geöffnet sei, wisse niemand und sei völlig willkürlich; manchmal sei er drei Tage hintereinander geschlossen. Oft würden Palästinenser auch ohne ersichtlichen Grund schikaniert. Israelische Staatsbürger, auch jene arabischer Herkunft, dürfen Qalqilya nicht betreten, 130 Familien seien dadurch auseinander gerissen worden. Die Stadt, die nördlich der Mauer, die größten palästinensischen Wasserreservoirs besaß, muss nun Wasser von israelischen Unternehmen kaufen, während ihr eigenes Wasser, wie der Bürgermeister es zu Recht nennt, gestohlen werde. 540 Läden, fast jeder zweite, und 45 Prozent der Werkstätten sind seit dem Mauerbau pleite gegangen und geschlossen worden, 8000 Einwohnerinnen und Einwohner müssten von der Nahrungsmittelhilfe der UN, des arabischen Roten Halbmondes oder aus arabischen Staaten leben, die Arbeitslosigkeit liege bei 65 Prozent. Der Bürgermeister vermutet, dass die Stadt mit ihrer exponierten geografisch-strategischen Lage am Stadtrand von Tel Aviv "stranguliert", die Palästinenser zur Abwanderung gezwungen werden sollen. 4000 sind in den letzten Jahren schon gegangen. Immer wieder, gerade wieder am Donnerstag, dringe israelische Armee in Qalqilya ein und nehme Menschen fest. Weder die städtischen Behörden noch die Angehörigen seien über den Grund informiert worden. Zum Schluss fordert er: "Europa soll stärkeren Druck ausüben und geschlossener auftreten, um das Recht und die Road Map zum Frieden gegen Sharon durchzusetzen." Wie oft habe ich das in den letzten beiden Tagen gehört. Vielleicht ist es sogar gut, dass die meisten Menschen hier nicht wissen, wie sehr "Europa" sie vergessen hat. Denn auch wenn der Besitzer der Gärtnerei keine Hoffnung mehr hat, ohne sie lässt sich nicht leben und überleben, schon gar nicht in diesem geschundenen Land.

12 Uhr, immer noch Qalqilya

Wir sind in den Westen der Stadt gefahren. Vor allem in den Nebenstraßen sind die meisten Geschäfte tatsächlich leer geräumt. Hier, einhundert Meter von der international und inzwischen auch von den Palästinensern anerkannten Grenze zwischen Israel und den besetzten Gebieten (der "green line" von 1967) ist die Mauer neun Meter hoch, etwa so hoch wie ein dreistöckiges Haus. "Welcome to the Jewish shame", hat jemand mit Farbe an sie gesprüht. Auf spanisch hat ein anderer seine Solidarität mit Palästina ausgedrückt. Bei allem Zorn über dieses Bauwerk,

bedrückt mich aber, dass die Kritik sich auch als ein Davidstern, der mit dem Hakenkreuz verknüpft ist, äußert.

Hinter der Mauer liegen noch 30 bis 60 Meter palästinensisches Land, Gärten und Felder, die niemand mehr bearbeiten darf. Wir fahren weiter zum Südwest-Tor. Hier standen jene Restaurants und Geschäfte, von denen der Bürgermeister gesprochen hatte. Jetzt ist hier graue Wüste. Das Tor ist seit langem geschlossen. Die Gewächshäuser dahinter zerstört, die Pflanzen vertrocknet. Ein Wasserkanal, auf palästinenischem Boden, ist nur noch von "israelischer" Seite zugänglich. Auf dem Weg zurück in die Stadt sehen wir zwei Häuser, die die Armee kürzlich gesprengt hat (80 sind es insgesamt in Qalqilya). In einem hatten angeblich Angehörige eines Hamas-Aktivisten gewohnt. Das genügte für die Vernichtung. Das Nachbarhaus gehörte Unbeteiligten. Es stand im Wege.

Viertel zwei

Lusia hat uns erstaunlicherweise eine halbe Stunde Freizeit gegönnt. Ich bin durch die Geschäftsstraßen im Zentrum geschlendert. Die Stadt und ihre Bewohnerinnen und Bewohner sind arm. Meinen Eindruck vom Vorbeifahren fand ich bestätigt. Das Warenangebot ist billig, aber alles Wichtige ist da, und das bunte Angebot auf den Tischen von sonnengereiften Tomaten, Paprikaschoten, Gurken, von Lauch, Zwiebeln, Knoblauch, Weintrauben, Äpfeln, sauer eingelegtem Gemüse, vielen Gewürzen, Fladen, Teigtaschen oder orientalischen Süßigkeiten fasziniert mich immer wieder. Mehr gibt es in diesen tristen Straßen auch kaum zu sehen, mehr brauche ich aber auch nicht. Was die Menschen sich leisten können, wird allerdings nicht viel sein. Doch im Fastenmonat Ramadan gibt es abends in vielen Familien ein Festessen, und überall kaufen Frauen, Männer, Kinder jetzt schon ein. An einem Brotladen fragt mich ein junger Mann, woher ich käme. Amerika? Germany. Aha. Wie mir Qalqilya gefalle? Beautiful? So unverschämt kann ich auch aus Höflichkeit nicht lügen. Interesting, weiche ich aus, but the wall is terrible. Ja, da stimmt er sofort zu.

Es ist warm in der südlichen Mittelmeerzeit. Aber Trinken ist nicht erlaubt. Als ich mir für später eine Cola kaufe, sagt mir der Verkäufer misstrauisch: Ramadan. Ich beruhige ihn. Eine halbe Stunde später, wir sind in Israel, trinke ich sie. Ich habe ein schlechtes Gewissen.

17.30 Uhr, Tel Aviv

Wir sind bei Yossi Belin, dem israelischen Initiator des Genfer Übereinkommens und Vorsitzenden der linken Yahad-Partei (der Nachfolgerin von Meretz). Das Büro der Genfer Initiative in einem Hochhaus ist klein und bescheiden, aber die Arbeit, die hier und bei den palästinensischen Partnern gemacht wurde und wird, hat weltweite Aufmerksamkeit hervorgerufen. Vor einem Jahr haben prominente israelische und palästinensische Politikerinnen und Politiker und Intellektuelle nach zweijährigen geheimen Verhandlungen einen vollständigen Vertragsentwurf für eine Lösung auch der kompliziertesten Probleme des palästinensisch-israelischen Konfliktes vorgelegt. Beide Seiten müssten schwierige Zugeständnisse machen, die Zustimmung fiel vielen daher auch nicht leicht, doch ohne große Kompromissbereitschaft sind Ergebnisse undenkbar. Die Auseinandersetzungen um den Vertragsentwurf sind in Israel und Palästina heftig, die meisten Stellungnahmen in Israel negativ, aber auf Friedens-Demonstrationen ist sie das zentrale Thema und in der Bevölkerung gibt es eine große Minderheit und in der Knesset inzwischen 19 Abgeordnete, die eine

Lösung auf dieser Grundlage unterstützen. Auch in Palästina ist die Diskussion kontrovers, aber große Teile der Führung haben sich positiv geäußert.

Yossi Belin, der auch mal israelischer Justizminister gewesen ist, sieht den beabsichtigten einseitigen Rückzug aus dem Gaza-Streifen sehr kritisch; er sei nicht Bestandteil einer Friedenslösung: "Gaza darf nicht durch eine einseitige Aktion Israels verlassen werden, sondern in Verhandlungen mit den Palästinensern und im Rahmen der Road Map des Nahostquartetts (USA, EU, Russland, UNO; A.B.). Die Genfer Vereinbarung könnte das letzte Ergebnis darstellen." Wie fast alle unsere Gesprächspartnerinnen und -partner wünscht sich auch Belin eine aktivere europäische Politik: "Sharon boykottiert das Quartett, und die USA solidarisieren sich mit ihm. Die EU muss gegensteuern und insbesondere den Dialog mit den Palästinensern führen und sie unterstützen, wenn die USA es nicht tun. Wenn die EU jedoch Druck auf Israel ausübt oder gar Sanktionen verhängt, würde sie alle ihre Möglichkeiten verspielen. Das würde in Israel als antisemitische Politik verstanden werden. "

Große Hoffnung setzt Yossi Belin offenkundig in Abu Mazen: "Abu Mazen ist das freundliche Gesicht der palästinensischen Revolution." Ich hatte ihn mit anderen Abgeordneten vor etwa zwei Jahren getroffen, als er gerade palästinensischer Ministerpräsident geworden war. Er hatte damals nur begrenzten Rückhalt und gilt bei vielen Palästinensern als korrupt. Obwohl er international und auch in Israel als gesprächsbereiter Partner angesehen worden war, hatte Sharon ihm keine Chance gegeben, sich zu profilieren. Der Gefangenenaustausch wurde ausschließlich mit der Hisbollah ausgehandelt, die Checkpoints in den Westbanks nicht geöffnet, die von Israel einbehaltenen palästinensischen Steuereinnahmen nicht überwiesen, so dass sich Abu Mazen nicht profilieren konnte und bald zurücktreten musste. Nun wird er als Arafat-Nachfolger gehandelt, doch wenn Israel die repressive Politik in den Palästinensergebieten fortsetzt, das meint auch Yossi Belin, wird nur die Hamas gestärkt.

19 Uhr

Yossi Belin bleibt noch dabei, aber nun reden wir mit Daniel Levy, der die Detailverhandlungen zum Genfer Übereinkommen geführt hat. Der scharfe Angriff von Sharon auf die Initiative habe sie zu einem großen Thema gemacht. Levy hält Genf für ein wichtiges Signal an beide Gesellschaften und die internationale Gemeinschaft, weil es eine gemeinsame, vollständige und detaillierte Lösung enthalte und die Partner auf beiden Seiten hochkarätig und seriös gewesen seien. Erstmals sei es in Palästina zu einer wirklich konkreten, realistischen und pragmatischen Diskussion gekommen. Das Übereinkommen würde bedeuten, dass fünfzig Prozent der jüdischen Siedler (vor allem in der Nähe Jerusalems) bleiben könnten, im Gegenzug würde Palästina vor allem am Gazastreifen israelisches Land erhalten. Ein vollständiges Rückkehrrecht der 1947/48 und 1967 geflohenen und vertriebenen palästinensischen Familien nach Israel werde es nicht geben. Ich weiß aus vielen Gesprächen, dass es den meisten Palästinensern sehr, sehr schwer fällt, solche Festlegungen zu akzeptieren, zumal sie zahlreiche Beschlüsse des Sicherheitsrates auf ihrer Seite haben. Auch heute Abend erlebe ich es sofort. Unser palästinensischer Freund und Begleiter Mike begehrt spontan auf: "Warum? Meine Familie hat 1948 ihr Land verloren. Die Dokumente besitze ich. Und jetzt sollen wir weitere Gebiete abgeben und nicht zurückkehren dürfen?" Aber dieser entsetzliche, blutige, jahrzehntealte und international so bedrohliche Konflikt wird unlösbar

bleiben, wenn nicht beide Seiten die gordischen Knoten zerschlagen, mit denen sie selbst gefesselt sind und sich selbst immer wieder neu fesseln. Nelson Mandela ließ sich 1990/91 nicht davon leiten, dass ihm das Apartheid-Regime die besten Jahre seines Lebens genommen hat und er erst als alter Mann seine Freiheit wiedergewann, dass sein Volk generationenlang von einem widerlichen weißen Rassismus gepeinigt worden war, sondern dass eine gemeinsame Zukunft wichtiger ist. Anders wird es auch im Nahen Osten nicht gehen.

20.00, Encourage to refuse

Es geht in ein Kellergeschoss hinab, an den Treppen-Wänden hängen Fotos von Demonstrationen und jungen Männern. Yonathan Shapira, den wir gestern Abend in Jerusalem getroffen haben, erkenne ich. Hier ist eine Organisation zu Hause, die israelische Wehrdienstverweigerer organisiert und unterstützt ("Ermutigung zur Verweigerung"). Von den meisten, die wir am Vortag getroffen hatten, unterscheidet sie sich durch ihre zionistische Orientierung. Und anders als Haggai und Shimri verweigern sie nur den Militärdienst in den Okkupationsgebieten. Arik Diamant, ihr Direktor, ist dreißig Jahre alt, er spricht temperamentvoll und ist kaum zu stoppen. Er ist Software-Ingenieur, vier Jahre hat er als Fallschirmjäger gedient. Er war in vielen Teile der besetzten Gebiete stationiert, lange in Nablus und hat die Repressionen und die Demütigung der Palästinenser oft erlebt: "Wir definieren uns als zionistische Bewegung, für unser Land, und deshalb gegen die Okkupation. Wir wollen unser Land verteidigen, nicht die Besetzung und Unterdrückung Palästinas. Wir wollen in der Armee bleiben, aber nicht in den besetzten Gebieten." Mit 50 Verweigerern hatte die Bewegung begonnen, jetzt sind sie 630. Tausende, glaubt Arik, sympathisierten mit ihnen, scheuten jedoch die Konsequenzen.

Arik ist durch David Zonshein zu seiner heutigen Haltung gekommen. Der, 31, ist Kompaniechef, Hauptmann, seit 12 Jahren in den Israeli Defence Forces. Er wirkt nachdenklich beim Erzählen: "Ich habe viel getan, was mich jetzt manchmal nicht schlafen lässt. Vor drei Jahren habe ich den Mut gefasst, den Dienst in den besetzten Gebieten zu verweigern. Meine Familie, wir gehören zu den Siedlern, hat den Kontakt zu mir abgebrochen. Es war schwer für mich persönlich, als Hauptmann, als Kommandeur von fast 200 Soldaten. Aber ich war an der Besatzung im Südlibanon beteiligt, ich habe Massaker erlebt und Angriffe auf völlig unschuldige Menschen. Was wir in den besetzten Gebieten tun, macht auch Israel und seine Sicherheit kaputt. Deshalb haben wir damals die Initiative ergriffen, öffentlich, mit Namen und Dienstrang unsere Verweigerung zu erklären. Wir wollen die individuelle Verantwortung von Soldaten ansprechen, denn ohne Soldaten gibt es keine Okkupation." Nach Davids Überzeugung hat die Verweigerungsbewegung die Möglichkeiten der israelischen Armee bereits beeinträchtigt. Tatsächlich hat ein hochrangiger Berater Sharons kürzlich öffentlich erklärt, dass der Rückzugsplan aus dem Gazastreifen auch eine Reaktion auf diese Initiative sei. 35 Tage war David Zonshein arrestiert. Er lächelt: "Das ist nicht schlimm für einen Soldaten, der zwölf Jahre gekämpft hat. Und selbst mein Geld bekam ich weiter. Später wurde ich sogar vom Leutnant zum Hauptmann befördert. Andre sind in das Gefängnis gesteckt worden. Schlimm war der persönliche Preis, der Bruch mit meiner Familie, mit Freunden. Als Offizier genießt man in Israel sehr große gesellschaftliche Anerkennung. Aber ich habe auch viel Zustimmung erfahren" Ich frage ihn, wie seine eigenen Soldaten reagiert hätten? "Viele junge Soldaten in meiner Kompanie haben mir gesagt, wie sehr sie mich schon vorher geachtet hätten, und jetzt noch mehr. Einige sind meinem Beispiel inzwischen gefolgt." David ist nicht aus der Armee

entlassen worden. Zum einen versucht die Armeeführung, die Verweigerungsbewegung totzuschweigen. Zum anderen fürchtet sie, dass viele auf die Idee kommen könnten, dem ungeliebten Dienst mit einer Teilverweigerung zu entkommen. Davids Divisionskommandeur sagte ihm sogar: "Zonshein, Sie sind einer meiner besten Offiziere. Sie haben eine großartige Arbeit im Libanon und anderswo gemacht." Aber David fügt noch einmal hinzu: "Nein, ich bin gar nicht mehr stolz auf Libanon."

Auch wenn 630 Verweigerer bei 35.000 Soldaten in den besetzten Gebieten nicht viel zu sein scheinen, Verweigerung ist in den israelischen Medien und auch in der Armee zu einem beständigen Thema geworden. Allein nach dem brutalen Einmarsch in das palästinensische Flüchtlingslager Jenin (ich war unmittelbar danach dort und habe in meinem Tagebuch im Mai 2002 davon berichtet) hatten sich 120 Soldaten der Bewegung angeschlossen. "Wir wollen die Verweigerung in das Zentrum der israelischen Gesellschaft tragen", sagt Arik. "Wir Verweigerer demonstrieren auch an den Checkpoints gegen Willkür, gezieltes Töten und Kollektivbestrafung. So sensibilisieren wir weitere Soldaten, aber das ist nicht einfach, denn viele israelischen Soldaten fühlen sich im Krieg, und das sagt man ihnen auch jeden Tag. Der Selbstmordterrorismus der Extremisten bestärkt sie darin. Doch wir wollen, dass sie unterscheiden lernen zwischen Selbstverteidigung Israels und der Okkupation." Ein Offizier hat kürzlich den Dienst an einem Kontrollpunkt zwischen zwei palästinensischen Dörfern abgelehnt. Er wurde ins Gefängnis geworfen. Ich muss an Dan Halutz denken, der als Kommandeur der Luftstreitkräfte (inzwischen ist er stellvertretender Generalstabschef der israelischen Armee) verantwortlich für die gezielte Tötung ("targeted killing") des Hamas-Führers Salah Sh'hadeh mit einer 1-Tonnen-Bombe war. 14 Unschuldige, die Hälfte von ihnen Kinder, kamen dabei um's Leben. Halutz meinte danach in einem Interview mit der Zeitung Haaretz, er habe gut geschlafen nach dem Angriff.

Ich bin nicht nur beeindruckt von den Refusniks, sondern auch wieder ein bisschen weniger hoffnungslos (welch verräterische Formulierung, "hoffnungslos" zu relativieren!), aber alles Mehr an Zuversicht ist mir in den vergangenen Jahren in Israel und Palästina abhanden gekommen). Einen Nelson Mandela sehe ich im Nahen Osten nicht, auch nicht seinen Counterpart Frederik Willem de Klerk, der immerhin fähig gewesen war, dem unausweichlichen radikalen Wandel und dem Ende der Apartheid zuzustimmen. Aber Ari, Yonathan, Shimri, Haggai, David hätten auch auf palästinensischer Seite Partnerinnen und Partner für den Ausbruch aus der Spirale von Gewalt und von Aktionen und Reaktionen, von denen kaum noch jemand sicher sagen kann, ob sie Reaktionen oder Aktionen sind.

Die Homepage der Organisation "Encourage to refuse" möchte ich empfehlen:
www.seruv.org.il

Nein, der Tag ist noch nicht zu Ende: 21.20 in Jaffa

Ich gebe zu: Vor dem Termin bei Yossi Belin muss Luisa das zweite Mal an diesem Tag ein Planungs-"Missgeschick" passiert sein. Wir hatten noch einmal eine Dreiviertel Stunde frei und waren in Jaffa. Ich bin immer gern in dieser durch ihre palästinensische Geschichte und Architektur geprägten Stadt, von deren Mittelmeerstrand man auch einen herrlichen Blick auf die nahe Skyline Tel Avivs hat, auch wenn die Altstadt von Jaffa inzwischen durch und durch für Touristen hergerichtet ist. Nach allen Gesprächen und den bedrückenden Erlebnissen in

Qalqilya wollte ich heute aber nur in Ruhe einen Kaffee trinken. Zwei, drei anderen ging es wohl ebenso, und wir saßen in der Sonne, sahen etwas sehnsüchtig auf das Meer und redeten über eher belanglose Dinge.

Nun am späten Abend sind wir erneut in Jaffa, in einem der wenigen Restaurants, die noch einer palästinensischen Familie gehören. Nun hat Luisa das Programm jedoch wieder im Griff, und es gibt natürlich nicht nur ein wunderbares palästinensisches Essen, es gibt vor allem ein weiteres Treffen, diesmal mit den israelischen "Women in Black", den "Frauen in Schwarz", die seit der ersten Intifada jeden Freitag in Schwarz gegen den Krieg protestieren (inzwischen ist daraus eine internationale Bewegung von Frauen geworden). Mir gegenüber sitzt eine junge Rechtsanwältin mit sehr entschiedener Position, die sie auch mit einer Haltung vertritt, die kaum Widerspruch duldet: "Ich habe keine Vision vom Frieden. Ich will nur ein Ende der furchtbaren Okkupation. Ob wir in zwei Staaten leben werden oder in einem, ist mir egal, nur nicht immer mehr palästinensische Tote, nur nicht länger das Schweigen der israelischen Gesellschaft über diese Morde." Von der Genfer Initiative hält sie nicht viel, und von Yossi Belin argwöhnt sie, er wolle vor allem wieder Minister werden. Solche Meinungsunterschiede sind natürlich und in der Linken überall noch häufiger als in anderen politischen Kreisen. In dieser Region mit ihren unendlichen quälenden Konflikten sehne ich mich nach mehr Gemeinsamkeiten jener, die den Frieden miteinander wollen.

1. November, 7 Uhr, auf dem Weg nach Gaza

Die Nacht war kurz. Wir waren erst nach ein Uhr wieder in Jerusalem, aber nun sind wir bereits unterwegs nach Jabalia im nördlichen Gaza-Streifen und Gaza City. Am Sonnabend hatte man uns mitgeteilt, dass die israelischen Behörden unseren Besuch nicht gestatteten. Doch gemeinsam mit der Vertretung der Europäischen Kommission haben wir es durchgesetzt. Israelische und palästinensische Begleiter, auch Mike, dürfen nicht mit, und der Bus darf uns nur bis zur Grenze bringen. Jenseits wird uns ein palästinensischer Bus erwarten.

Ich war seit 1992 in allen palästinensischen Gebieten, im Gaza-Streifen noch nicht. Beim frühen Frühstück habe ich einen deutschen Diplomaten getroffen, der das palästinensische Außenministerium berät. Als ich ihm von der heutigen Fahrt erzählte, meinte er: "Es wird wichtig für Sie sein, dorthin zu kommen. Schön sein wird es nicht. Gleich hinter der Grenze werden Sie die Ruine eines Gebäudes sehen, das der Deutsche Entwicklungsdienst finanziert hat. Es war fast fertig, als es vor wenigen Tagen von der israelischen Armee zerstört worden ist. In Gaza werden Sie den Brennpunkt der politischen und sozialen Probleme der Palästinenser in konzentrierter und schärfster Form erleben." Erleben, frage ich mich? Ich verwende diesen Begriff bestimmt selbst recht oft. Aber was erleben denn wir Besucher? "Erleben" verlangte doch wohl, diese Situationen tagaus tagein zu erleben, als Betroffene, Betroffener!

Ich schreibe meine Beobachtungen, meine Eindrücke, meine flüchtigen Erlebnisse (da ist das Wort schon wieder) auf. Mit meinem Urteil muss ich vorsichtig bleiben. Auf israelischer Seite beispielsweise treffen wir diesmal nur Kritikerinnen und Kritiker der offiziellen Politik. Das dadurch entstehende Bild ist natürlich einseitig. Der großen Mehrheit der Israelis sind die Palästinenser gleichgültig, oder sie werden unter einen pauschalen Extremismusverdacht gestellt. Sharons repressive Politik findet breite Unterstützung. Aber auch unsere Eindrücke in Palästina sind unvollständig. Wir hören immer wieder von Verhandlungs- und Kompromissbereitschaft, aber

antijüdische Stimmungen sind bekanntlich sehr verbreitet und die Selbstmordattentäter werden von nicht Wenigen als Helden oder Märtyrer gefeiert.

9 Uhr Erez Crossing Point

Nach einstündiger Diskussion und Kontrolle dürfen wir passieren. Die israelischen Grenzanlagen sind mehrere hundert Meter breit. Der palästinensische Bus durfte uns sogar ein Stück entgegenkommen. Die Hauptstraße nach Gaza ist gesperrt. Es geht über einen sandigen, elenden Asphaltweg. Zwischen der Grenze und den ersten Häusern ist eine riesige wüste Fläche zu sehen. Alles, was hier mal stand, ist gesprengt und von israelischen Bulldozern zusammen geschoben worden. Das Gebäude, von dem mir der deutsche Diplomat berichtet hatte, liegt in Trümmern. Es ist die einzige Stelle, an der wenigstens noch Betonteile daran erinnern, dass hier mal Menschen gelebt und gearbeitet haben. In diesem Haus sollten palästinensisch-israelische Kontakte und Zusammenarbeit entwickelt werden. Eine schöne, eine wichtige Idee. Die Armee behauptete allerdings, dass die israelische Sicherheit seine Sprengung notwendig machte.

Nach dem Trümmerfeld kommt erst einmal nur Sand. Und dann wieder ein Trümmer-Streifen: das Ergebnis der jüngsten israelischen Militäraktion. Zerstörungen überall, auch Teile einer Schule sind zerbombt worden. Zwischen dem Geröll und in den Kratern haben sich Obdachlose primitivste Blechhütten errichtet. Dann plötzlich das sehr komfortable, luxuriös wirkende Neubaugebiet Sheik Zhaqid. Die meisten in Richtung Israel liegenden Wohnungen stehen allerdings leer. Zu gefährlich, sagt man uns. Tatsächlich weisen fast alle Häuser in dieser Gegend zahlreiche Einschusslöcher auf. Dann schon wieder Trümmer, Trümmer, Trümmer. Wir sind im Flüchtlingscamp von Jabalia, einer Stadt im nördlichen Teil des Gaza-Streifens, in der dicht gedrängt 120.000 Palästinenserinnen und Palästinenser leben. Hier hat die israelische Armee nach dem Einmarsch am 20. August für "Sicherheit" gesorgt. Auch alle Bäume und Pflanzen, unter denen sich militante Palästinenser angeblich verstecken könnten, sind zerstört, gerodet. Im Müll und Staub suchen zwei struppige Ziegen nach ein paar Grashalmen. Mitten in einem Berg aus geborstenem Beton, Stahl, zersplittertem Holz, Teppichfetzen und Wäscheresten sitzen fünf Frauen in bunten palästinensischen Gewändern und ein alter Mann. Das war vor drei Wochen noch ihr Zuhause und das von fünfzig weiteren Menschen. Israelische Soldaten hatten sie aufgefordert, das Haus sofort zu verlassen. Dann wurde es gesprengt. Sie leben jetzt bei Nachbarn. Nichts durften sie mitnehmen, auch ihr Geld und Schmuck müssen noch unter dem Schutt liegen.

Rundum viele weitere Ruinen, und die Häuser, die noch stehen von Schüssen zernarbt. Einhundert Meter entfernt zum Beispiel stand ein Wohngebäude, in dem 120 Menschen gelebt hatten. Nichts ist von dem Haus mehr zu sehen als ein Gewirr von Armierstahl, Schutt und den Überresten von einem Dutzend Haushalten: Kleiderbügel, Möbelteile und ein BH, Das er so sichtbar herumliegt in dieser moslemischen Welt, scheint mir das Ausmaß der Zerstörung besonders zu demonstrieren. Einige der ausgebombten Familien leben in fünf Zelten aus Teppichen und Planen, die in dieser Kriegswüste stehen. In einem sehe ich vier Frauen, ein gerettetes Sofa, zwei ramponierte Sessel, auf dem Sand davor einen kleinen Teppich, auf dem zwei Kinder hocken. Bizarr emporragende Eisen bieten den Halt für eine Wäscheleine, auf der sechs, sieben Stück der geborgenen Kleidung hängt. Ich laufe den Weg, der einmal eine Straße war, weiter, bis er nicht mehr passierbar ist, weil die Trümmer von Häusern links und rechts der Straße hier

zusammengestürzt sind. Ein Bagger ist dabei, sie zu räumen. Ich steige den Betonberg hinauf und habe den Anblick einer Trümmerlandschaft, die zwei oder vier Fußballfeld umfasst. Nur das Stahlskelett und die Lautsprecher eines Minarets der ebenfalls zusammengeschossenen Moschee ragen daraus hervor. Der Besitzer eines der zerstörten Häuser erzählt, dass er sein Haus vor zweieinhalb Jahren gebaut hatte. Die IDF (Israeli Defence Forces) haben es gesprengt, um freie Bewegung für ihre Panzer zu erhalten. Auch er und alle anderen durften nichts von ihrem Eigentum mitnehmen. Die Angriffe müssen intensiv gewesen sein. An allen Häusern, auch an einer Schule, sind zahlreiche Löcher von Einschüssen, nicht selten auch von Granaten zu sehen. Die Schneise der Verwüstung (die Armee wird sie sicherlich eine Sicherheitsschneise nennen) reicht hier 500 bis 600 Meter in das Wohngebiet. 140 Tote hat es in den letzten Wochen hier gegeben. "Präzisionsschläge" in völlig überbevölkerten Straßen.

Im Zentrum von Jabalia ist nicht gekämpft worden. Doch ich habe schon elendere Städte, kaum aber hässlichere gesehen. Zehntausende Menschen leben in kleinen Hütten aus unverputzten Zementziegeln. Zwischen den Häusern gibt es kaum einen Abstand, ganz selten mal einen Baum. Die Wasserversorgung und die Abwasserentsorgung sind katastrophal. Nur die orientalische Basaratmosphäre in den Hauptgeschäftsstraßen zieht mich sofort wieder an, wobei die Armut noch offensichtlicher als in Qalqilya ist. PKW, LKW und unser Bus versuchen sich zwischen den vielen Eselkarren einen Weg zu bahnen, Kinder in Schuluniformen kramen an den Spielzeugständen, auf denen erschreckend viel billiges militärisches Spielzeug liegt, Klempner hämmern ohrenbetäubend auf dem Gehweg an großen Blechen, Autoschlosser an verbeulten Karosserieteilen. Gleich daneben hängen Hammelkeulen und stehen Käfige mit Hühnern. Die Straßen sind schmutzig und voller Müll. Stolz weist uns unsere Dolmetscherin auf ein makabres "Denkmal" auf einer Straßenkreuzung hin - errichtet aus den Resten jenes israelischen Panzers, der hier vor einigen Monaten auf eine Mine gefahren war.

Gaza City

Ohne es zu merken, haben wir Jabalia verlassen und fahren bereits durch Gaza City. 1,3 Millionen Palästinenser leben im wenige Kilometer breiten Gaza-Streifen. Bis auf die von der israelischen Armee gesprengten Gebiete gibt es kaum ein unbebautes Stück Land. Gaza City ist nicht ganz so unfreundlich wie Jabalia, aber auch hier immer wieder zerbombte Gebäude. Die Jallah Street, durch die es geht, ist vierspurig, und sie ist der Ort, wo die israelische Luftwaffe die meisten gezielten Tötungen durchführt. Am Ende einer Nebenstraße kann ich im Vorbeifahren das Mittelmeer sehen, aber Meer und Strand kommen mir hier unendlich fremd vor.

Vier Tote gab es heute Vormittag bei einem neuen Selbstmordanschlag in Tel Aviv, erfahren wir eben. Eine der Palästinenserinnen in unserem Bus nennt es "militärische Operation". Ich frage sie, was daran militärisch sei? Sie: "Wir haben keine anderen Möglichkeiten." Mit Vielen auf beiden Seiten ist eine Diskussion nicht möglich, und auch, wenn man Erklärungen finden kann, verstehen will und kann ich weder die einen noch die anderen.

Gaza Beach und der Fischereihafen sind zu sehen. Dem Reiz kann ich mich doch nicht ganz entziehen, aber sofort muss ich daran denken, dass die Fischer nur in einem kleinen, einige hundert Meter breiten Bereich ihre Netze auswerfen dürfen und sicherlich kaum einer von ihnen noch von seiner Arbeit leben kann. Auch das Meer

ist den Palästinensern verboten und soll auch nach dem israelischen Truppenabzug verboten bleiben. Die antipalästinensische Mauer steht auch hier, unsichtbar, fünfhundert Meter vor dem Ufer im Meer.

Zwölf Uhr, Palastinian Council on Foreign Affairs

Nun gehen unsere Treffen mit palästinensischen Offiziellen, Vereinen, Organisationen los. Zuerst mit Mitgliedern oder ehemaligen Mitgliedern des Politischen Komitees der PLO, die, wenn ich Luisa richtig verstanden haben, in Opposition zur gegenwärtigen Führung stehen. Marwan Konafani, Vorsitzender des Politischen Ausschusses des Palästinensischen Legislativrates (des Parlaments), Dr. Ziad Abu Amr, auch Parlamentsmitglied und ehemaliger Kulturminister, und Dr. Kamal El-Shafri, der frühere Gesundheitsminister, sind tatsächlich kritisch: Arafat sei das Symbol palästinensischer Emanzipation, aber auch ein Hindernis für die notwendigen Veränderungen. Arafat und Abu Alla wollten derzeit nur lokale Wahlen in einigen Städten zulassen, um ihre Macht zu sichern. Die militärischen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen palästinensischen Fraktionen seien illegitim und gefährlich. Neuwahlen (die letzten fanden vor acht Jahren statt) seien unverzüglich erforderlich. Alle drei verweisen aber auch darauf, dass es Israel war, das die Möglichkeiten einer palästinensischen Selbstverwaltung zerstört habe und mit der Okkupationspolitik freie und faire Wahlen behindere. Marwan Konafani ergänzt, dass jedoch auch wesentliche Teile der Palästinenserführung sofortige Neuwahlen ablehnten: "Aber wir wollen sie. Wahlen würden unsere gesamte Situation verändern, sie sind der einzige Weg, um das politische System zu verbessern." Den Sharon-Plan für einen Abzug aus dem Gaza-Streifen beurteilt er düster: "Wir würden jeden Schritt unterstützen, der zu einer neuen Dynamik führen könnte. Aber dieser Plan ist allein darauf gerichtet, einen lebensfähigen palästinensischen Staat zu verhindern, und die Palästinenser mit allen Problemen und ohne jedes Recht im Gaza-Streifen allein zu lassen. Auf beiden Seiten der Mauer", er setzt hinzu: "des Zaunes wächst der Extremismus. Zur Zeit profitieren nur die Anhänger der Gewalt Sharons und der Gewalt des palästinensischen Extremismus." Es sei ihm als Vorsitzender nahezu unmöglich, den Politischen Ausschuss des Palästinenserparlaments zusammenzurufen. Die Treffen seien weder in Gaza noch in Ramallah möglich, weil Israel die Abgeordneten nicht reisen lasse. Ihm selbst sei auch die Ausreise zu Treffen im Europäischen Parlament und bei der NATO verboten worden.

13.30, Gaza Municipal Health Centre

Aus den Fenstern sehe ich das Meer, ich höre, wie die Wellen regelmäßig an das Ufer schlagen. Wir sitzen mit Anwälten, Ärzten, Journalisten, Menschenrechtsaktivisten, Wissenschaftlern, Schriftstellern zusammen. Jamal Zaqout, Direktor des Gesundheitszentrums, leitet die Diskussion. Er engagiert sich für die palästinensische Koalition für Frieden und Demokratie und die Genfer Initiative. Jamal argumentiert ruhig, überlegt, seine Kritik ist in beide Richtungen scharf. Den Sharon-Plan und den Bau der Mauer bezeichnet er als rassistische Politik, die eine Zwei-Staaten-Lösung unmöglich machen solle. Aber er sagt auch: "Die Palästinenser haben Sharon in den letzten vier Jahren Anlässe geboten, seine aggressive Politik begründen zu können. Es gibt in den Palästinensergebieten kein Recht und keine Ordnung mehr. Palästinensische Waffen werden nicht gegen die Zionisten, sondern gegen Palästinenser und für kriminelle Zwecke eingesetzt. Die palästinensische Polizei ist demoralisiert und wird für private Interessen einzelner Führer missbraucht."

Jamal erhält Zustimmung und Widerspruch. Die Diskussion ist offen und differenziert. Ob das häufiger der Fall ist, muss ich bezweifeln und hoffen zugleich. Ein Schriftsteller meint, Jamal müsse berücksichtigen, dass es die israelische Politik sei, die die palästinensischen Sicherheitskräfte im Gaza-Streifen zerstört habe. Bitter sagt ein anderer: "Es ist die Hamas, die die Menschen mit Lebensmitteln versorgt, nicht die PLO. Nicht die demokratischen Kräfte. Die können es gar nicht. Die israelische Politik vernichtet die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bedingungen für eine palästinensische Demokratie." Jamal Zaqout geht sofort darauf ein. Es gefällt mir, wie aufmerksam er argumentiert. Er berichtet von einer Umfrage unter 13- bis 15jährigen Jungen in Gaza. 36 Prozent von ihnen haben auf eine Frage nach ihren Zukunftsvorstellungen geantwortet: "Wenn ich 18 bin, wäre es das Beste als Märtyrer zu sterben." Wer das ändern will, sagt er, muss diesen Jungen Rechte und eine soziale Perspektive geben. Einige Organisationen, Lehrer, Journalisten, lokale Führer und Kommunalpolitiker versuchten im Gazastreifen, für Mäßigung und Toleranz zu wirken und die schweigende Mehrheit zum Reden zu bringen. Gegenwärtig jedoch würden die Hamas und andere Extremisten Zulauf haben. Noch einmal klagt er über die Zustände bei der palästinensischen Polizei und den anderen Sicherheitskräften. Vor einer Woche sei ein unschuldiger 13jähriger Junge auf offener Straße mit einem Dutzend Schüssen bei privaten, kriminellen Auseinandersetzungen umgebracht worden. Die Polizei tue nichts. Und in der vergangenen Nacht, erzählt er, seien in ganz Gaza Freudenschüsse aus Tausenden Waffen abgeschossen worden, als die Nachricht kam, es gehe Arafat besser: "Die Waffen kommen von überall: aus Israel und Ägypten, und sie richten sich meistens gegen Palästinenser."

Ähnlich vielfältig sind die Meinungen zur Genfer Initiative. Jamal begrüßt sie und setzt sich öffentlich für sie ein, aber er nennt zwei Einwände: Erstens müsse Israel seine Schuld anerkennen; das sei auch für die demokratische Kultur in Israel selbst wichtig. Zweitens sei das Rückkehrrecht für die Flüchtlinge unbefriedigend geregelt, auch wenn er natürlich wisse, dass nicht alle vier Millionen palästinensischen Flüchtlinge zurückkehren könnten. Ein Naturwissenschaftler hält ihm entgegen, man müsse auf beiden Seiten nach vorn schauen, Genf sei ein realistisches Geben und Nehmen und ein akzeptables, konkretes Ziel. Alles andere sei sekundär. Ein etwa vierzigjähriger Mann, an dessen Vorstellung ich mich nicht mehr erinnern kann, widerspricht vehement. Initiativen gebe es mehr als genug, und Genf sei eine Initiative von oben. Das Völkerrecht und die Sicherheitsratsbeschlüsse reichten aus. Jetzt müsse es Wahlen und Verhandlungen geben, damit die Menschen endlich auch von unten Einfluss nehmen könnten.

20 Uhr, wieder am Erez Crossing Point

Es war rasch dunkel geworden, und mit dem Ende der täglichen Fastenzeit waren die Straßen leer und die Menschen, wenn sie es sich leisten konnten, beim Festmahl zu Hause oder in einem Restaurant. Wir auch. Im "Beach Hotel", einer Scheinwelt in Gaza, oder einer Welt für ein paar Handvoll Palästinenser, die Geld haben. Die Diskussionen mit Jamal Zaqout und anderen gingen auch beim Essen weiter.

Wir sind wieder am israelischen Kontrollpunkt. Seit mehr als einer Stunde werden wir einzeln, gründlich und mehrfach kontrolliert. "Welcome to Erez Crossing" steht auf einem Schild, aber willkommen wird sich hier niemand fühlen. Aus einem unerfindlichen Grund durfte ich als einziger aus unserer Gruppe nach nur einer

Kontrolle durch. Nicht einmal den Metalldetektor musste ich passieren. Sollte ein deutscher Diplomatenpass dieses Privileg bewirkt haben? Ich habe mir eine Cola aus dem Automaten geholt, schreibe und warte auf die Kolleginnen und Kollegen. Die stehen dreißig Meter entfernt an der Metallkontrolle und werden über Lautsprecher aufgefordert, ihre Taschen auf ein Band zu stellen, ihre Pässe irgendwo einzuwerfen (wahrscheinlich schützt man die Soldaten so vor Selbstmordattentätern), schließlich die erste Kontrolle zu passieren. Drei weitere, weniger aufwändige, doch ebenso langwierige warten noch auf sie. Unsichtbar am Nachthimmel jagt ein Kampfflugzeug über Gaza. Man kann nur Schlimmes denken.

Halb neun.

Wir sind durch und stehen an einer nahen Raststätte. Unser Busfahrer streikt. Gestern war er erst um ein Uhr mit uns in Jerusalem gewesen. Um fünf Uhr in der Frühe war er aufgestanden, und jetzt verlangt Luisa von ihm (und von uns), in die Negev-Wüste zu fahren. Ein Beduinendorf, anderthalb Stunden entfernt, steht noch auf ihrem Programm für heute. Ich kenne die Probleme dieses und anderer Dörfer von meinem Besuch 2003. Ihre Bewohner sind israelische Staatsbürger, aber ihre Dörfer sind von der Regierung nicht anerkannt. Der Fahrer streitet laut mit Luisa, rechnet ihr vor, dass wir wieder erst weit nach Mitternacht zurück sein würden. Er könne nicht mehr. Europäische Gesetze würden ihm übrigens schon jetzt längst nicht mehr erlauben zu fahren, denke ich. Wir sind alle müde, erschöpft von dem langen Tag, vor allem von der Vielzahl der Eindrücke. Aber niemand widerspricht Luisa. Die telefoniert mit Mike, damit er einen anderen Fahrer schickt. Die müdere(?) Hälfte der Delegation beschließt nun doch, direkt nach Jerusalem zurückzufahren. Wir anderen warten bei einem Kaffee oder Bier auf den neuen Bus. Ich rechne mir aus, dass Hin- und Rückfahrt und das Gespräch fünf Stunden dauern werden, zu viel nach diesem Tag, aber jetzt muss ich durch. Von der Grenze, bedrückend nah, ist eine Maschinengewehrsalve zu hören. Palästinensischer und israelischer Alltag. Wir erschrecken.

21.20, irgendwo hinter Dimona

Wir sind vierzig Minuten mit dem neuen Bus nach Süden, in die Negev-Wüste gefahren. Aber nun müssen wir das Fahrzeug erneut wechseln. Das wird eine Nacht! Wer weiß, was Mike organisiert hat, organisieren musste, damit wir in dieser Nacht überhaupt noch in das Dorf kommen. Vor wenigen Minuten sind wir an Dimona vorbeigekommen, dem nuklearen Forschungszentrum Israels. Die Lichter der Stadt leuchten weit in die Wüste.

21.45: Abudlul. Wir sind da.

Auf der Fahrt war nicht mehr viel zu sehen. Im Mondlicht wurden die Silhouetten von Bäumen immer seltener. Die Negev ist karg und steinig. Es ist kühl in der Wüstenacht. Die letzten eintausend Meter ging es querfeldein. Für die nicht anerkannten Siedlungen gibt es keine Straßen und kein Geld. Unser Fahrer sagt: "Wenn die Beduinen Juden wären, würden ihre oft jahrzehntealten Siedlungen längst anerkannt und sanktioniert sein." Doch für die Beduinen, die das israelische Staatsbürgerecht haben, gilt das nicht. Ihr Dorf erscheint auch auf keiner israelischen Karte, die militärischen Landkarten sicherlich ausgenommen, in keiner staatlichen Statistik, in keinem offiziellen Bericht, die Bebauung ist nicht anerkannt, das Landeigentum der Beduinen nicht, obwohl die Bewohnerinnen und Bewohner natürlich Steuern zahlen müssen und sogar die Knesset wählen. Ihre Dörfer gelten offiziell als nicht existent. Immerhin, dieses Dorf steht zum größten Teil noch, drei

Häuser jedoch, die weiter entfernt in der Nähe der israelischen Straße lagen, sind von den Behörden vor zwei Monaten geräumt und zerstört worden, 150 in der Negev insgesamt. Sie sind tatsächlich nicht mehr existent.

Wir werden in einer Baracke mit Wänden aus Blech und Zeltbahnen empfangen. Dabei sind auch zwei junge Frauen von einer Menschenrechtsorganisation, aber ansonsten sind es – ich muss sagen: natürlich – alles Männer. Es ist eine rührende Herzlichkeit, mit der sie uns die Hand schütteln, viele legen ihre Hand nach arabischer Sitte für Dankbarkeit und Freundschaft auch auf ihre Brust. Wir setzen uns im Viereck auf Kissen und Teppichen auf den Betonboden. An einer Wand steht ein uralter Fernsehapparat. Das Dorf bekommt keine Energieversorgung, besitzt aber einen Generator. In einer Betonmulde brennt ein Holzkohlefeuer, über dem der Teekessel hängt. Ein alter Mann bringt uns Tee- und Wassergläser und schenkt uns ein. Er freut sich über das arabische „Shukran“ (Danke).

Wortführer sind zunächst Mitglieder israelischer und internationaler Organisation, die sich für die Beduinen und die nicht anerkannten Dörfer einsetzen, „Together“, „Gemeinsam“ heißt eine von ihnen. 33 internationale und nationale NGOs (darunter jüdische) unterstützen die Beduinen inzwischen. Auch die kanadische und US-amerikanische Regierungen seien aktiv geworden. Die Bewohner vieler nicht anerkannter Dörfer in der Negevwüste haben aber auch eigene Vertretungen gewählt. 45 solcher Dörfer gibt es in der Region, 34 von ihnen haben sich zu dieser Interessenvertretung zusammengetan und ein Regionalkomitee gewählt. Ihr Vorsitzender, jedenfalls glaube ich, dass er es ist, trägt wie einige andere europäische Kleidung, die meisten jedoch sind im Beduinengewand erscheinen. Er berichtet, dass es nur 16 Elementarschulen und nur eine Oberschule für ihre Kinder gebe. Wasser- und Energieversorgung und gesundheitliche Betreuung für die 17.000 Menschen in diesen Dörfern in der ganzen Negev fehlten nahezu ganz. Die Regierung versuche, sie von ihrem Land zu vertreiben, sie zahle dafür auch eine sehr geringe Entschädigung (2000 bis 4500 Shekel). Eigentlich sei das sogar eine Anerkennung für die Rechtmäßigkeit des Siedlungs- und Landanspruchs der Beduinen. Doch der Rechtsweg war bisher vergeblich, die Gesetze machen die Regierung und die Knesset, und die Siedlungen der Beduinen wurden auch in der osmanischen Zeit, auf die viele Eigentumsansprüche zurückgehen, nicht registriert. Meistens argumentieren die Behörden bei ihren Räumungsforderungen mit militärischen Erfordernissen, doch kurze Zeit später würde das Land von israelischen Farmern genutzt. Auch Sharon habe eine große Farm auf konfisziertem Beduinenland. Es gebe Beduinen, die in die Städte gegangen seien und in elenden Townships wohnten. Die Arbeitslosigkeit dort sei aber die höchste, das Bildungs- und Sozialsystem katastrophal. Vor allem aber gingen es ihnen um ihren Rechtsanspruch auf das Land, das sie seit Jahrhunderten besiedelten und landwirtschaftlich nutzten und um ihre traditionelle dörfliche Lebensweise. Der Dorfälteste ergänzt ihn: „Wir Beduinen sind nicht an Kompromisse zu unserer Lebensweise gewöhnt. Wir können nicht noch weitere Einschränkungen hinnehmen. Wir lassen uns durch die Verweigerung von Wasser, Elektrizität, Gesundheitsbetreuung, Straßen und Schulen nicht zwingen, unser Land aufzugeben.“

Die Menschen in diesen Dörfern leben von Schaf- und Ziegenzucht, einige auch vom Gemüse- und Getreideanbau, manche hätten Arbeit in den Städten. Durch den Zelteingang ist das Lichtermeer von Dimona in rund zehn Kilometer Entfernung zu sehen. Irgendwo da liegt auch Sharons Farm. Das Schicksal der Palästinenserinnen

und Palästinenser in den okkupierten Gebieten ist empörend. Die Beduinen sind israelische Staatsbürger, Steuerzahler, Wähler. Sie werden ähnlich gedemütigt und entrechtet. Wie anders als staatlichen Rassismus soll ich beides nennen? Die „Jerusalem Post“ hat vor Kurzem von einer „Bedrohung durch die Beduinen“ geschrieben. „Israelische Staatsbürger werden als Gefahr propagiert“, empört sich einer der NGO-Vertreter, „die Ursachen in der diskriminierenden israelischen Politik werden jedoch verschwiegen.“ In den Dörfern, so erzählt man uns, wachse inzwischen der Zorn, und fundamentalistische Stimmungen nähmen auch hier zu, wo sie noch vor kurzem unbekannt gewesen seien, zumal Viele auch Verwandte im Gazastreifen hätten.

Die Regierung wolle den jüdischen Siedlern, die den Gaza-Streifen verlassen sollten, Land in der Negev anbieten. 2600 weitere Menschen in den nicht anerkannten Dörfern sind unlängst aufgefordert worden, ihr Land zu verlassen. Ohnehin seien ihnen nur noch zwei Prozent der Negev verblieben. Er sagt: „We don't want to become the victims of the necessary peace.“ („Wir wollen nicht die Opfer des notwendigen Friedens werden.“) Deshalb weigerten sie sich auch, deshalb bäten sie uns darum, ihr Schicksal und ihre Situation international bekannt zu machen und zu helfen, das gleichgültige Schweigen in Israel und in Europa zu durchbrechen. Im Norden Israels sind die Beduinenrechte vor einigen Jahren nach langen Kämpfen der Betroffenen und internationaler Organisationen anerkannt worden. Als wir uns verabschieden, sagt der Dorfälteste: „Danke, dass ihr gekommen seid. Knessetabgeordnete kommen hierher höchstens, wenn es Wahlen gibt. Bitte sei unsere Botschafter in der Europäischen Union und in der Öffentlichkeit und kommt wieder.“

Man könnte das Zelt auch an der Seiten verlassen, wo unser Bus steht. Aber es ist der Brauch der Beduinen, dass man ihre Zelte, so offen sie sein mögen, nur durch die Tür verlässt. Durch sie eben kehrt man auch zu ihnen zurück.

Kurz vor Mitternacht.

Wir fahren durch die sternenlose Nacht zurück. Es gibt so viel Schönes in Israel, und auch, wenn ich nach jedem Besuch das nicht unterdrückbare Gefühl habe, erst einmal nicht wiederkommen zu wollen, hängt mein Herz längst an Israel und Palästina. Seit ich Anfang 1992 das erstmal hier war, ist eine tiefe, widerspruchsvolle, sehr oft hilflose Beziehung entstanden. Mich lässt die facettenreiche und so aktuelle Geschichte nicht los, ich genieße den bunten Alltag in Jerusalem, Tel Aviv, Jaffa, Haifa, Ramallah, Jericho, habe wunderbare und mit ihrem Land (ihren Ländern) eng verbundene Menschen kennen gelernt, eine ungewöhnlich reiche Kultur und so viel mehr. Aber meine Arbeit und meine politischen Überzeugungen bringen es mit sich, dass ich vor allem die bedrückenden Seiten dieser Gesellschaften, ihrer Politik, die Konflikte, Demütigungen, den Rassismus, Terror von beiden Seiten und nicht selten elementares Elend erlebe. Als Tourist könnte ich aber auch nicht mehr hierher fahren.

2. November 2004, 9 Uhr, Bir Zeit Universität

Die palästinensische Stadt Bir Zeit liegt eine Autostunde nördlich von Jerusalem in den Bergen. Der Campus der Universität macht einen so normalen Eindruck; man könnte meinen in Boston oder Bochum oder Padua zu sein. Hunderte Mädchen und Jungen laufen zwischen den modernen Universitätsgebäuden umher, sitzen auf den Treppenstufen in der Sonne, rauchen, lachen laut und reden ebenso laut

miteinander. Es sind auffällig viele junge Frauen, eine Mehrheit, glaube ich, nicht wenige mit Kopftuch, aber offene fröhliche Gesichter. Unterschiedliche politische Losungen hängen an den Fassaden. Die Universität ist 1924 als palästinensische Schule gegründet worden, wurde Hochschule, College und schließlich 1972 Universität. Sie hat fünf Fakultäten für Kunst, Wirtschaft, Ingenieurwissenschaften, Sozialwissenschaft und Recht. Die Ausbildung, versichert uns der Rektor Nabit Kassis, ist marktorientiert, aber der Arbeitsmarkt für palästinensische Hochschulabsolventen ist weitgehend zusammengebrochen. 6.500 Studentinnen und Studenten studieren gegenwärtig in Bir Zeit, tatsächlich mehr als 50 Prozent von ihnen Frauen, die meisten aus Palästina, aber beispielsweise auch aus den USA, der Schweiz, Australien, Holland und Deutschland (für sie gibt es ein spezielles Programm: Palestine and Arabic Studies). Wir lernen auch einen britischen Professor kennen, der seit zwanzig Jahren an der Universität lehrt und trotz aller Erschwernisse ganz offensichtlich noch immer für seine Arbeit brennt.

Die zweite Intifada und die israelischen Blockaden haben den Zugang zur Universität jedoch deutlich erschwert und auch ausländische Studenten entmutigt, nach Bir Zeit zu kommen. Nabit Kassis glaubt, dass die israelische Armee insbesondere in jüngster Vergangenheit den Zugang bewusst verhindern wollte. Die Universität war viele Monate auch von ihrem Einzugsraum um Ramallah abgeschnitten, vor allem aber die Studenten aus Gaza haben extreme Probleme, nach Bir Zeit oder zurückzukommen. Nabit Kassis war Minister in der Palästinensischen Autonomiebehörde gewesen und gehörte zum Verhandlungsteam mit Israel. Er wirkt kompetent, realistisch und problembewusst (nicht zuletzt hinsichtlich der Probleme auf palästinensischer Seite). Ich glaube ihm, als er von der offenen politischen und kulturellen Atmosphäre an der Universität spricht und sie einzigartig in Palästina nennt.

Wir treffen uns mit Studenten aus Europa, den USA und Australien. Ein Schweizer fragt uns, warum Europa Israel nicht konsequent kritisiere und doppelte Standards bei den Menschenrechten, dem Völkerrecht und der Einhaltung der UN-Sicherheitsratsbeschlüsse praktiziere: Krieg gegen Irak, enge Zusammenarbeit mit Israel. Helga, eine Deutsche, die zuvor an der Freien Universität studiert hat und seit dreizehn Monaten hier ist, erzählt von den täglichen Behinderungen, die sie erlebt, wenn sie durch die Westbanks fährt, und wieviel schlimmer die für ihre palästinensischen Kommilitonen seien, am schlimmsten für jene aus Gaza, die nicht mehr "legal" zur Universität gelangen könnten. Als sie sich entschied, in Bir Zeit Arabistik und politische Wissenschaft zu studieren, hatte sie den Eindruck, dass die deutschen und israelischen Behörden sich nur Terror-Sympathie als Motiv vorstellen konnten.

Wir sehen uns anschließend ein Kunstprojekt zur israelischen Mauer an, das auf der Biennale in Venedig ausgestellt worden war. Politisch ist es eindrucksvoll, künstlerisch sehr viel weniger. Aber ohnehin nutze ich die Zeit, um mich mit Helga zu unterhalten. Ich spüre rasch, wie froh sie ist, reden zu können. Sie beginnt stockend: "Oh, Gott, ich hab so lange nicht deutsch gesprochen." Aber dann erzählt sie unaufhaltsam. Sie will so viel wie möglich loswerden, vor allem auch ihre Ratlosigkeit, wie man Menschen in Deutschland die Situation erklären kann, wo Solidarität mit den Palästinensern in den Verdacht des Antisemitismus gerückt wird.

Ich versuche, ihre Worte so genau wie möglich aufzuschreiben: "Hier fällt mir manchmal gar nicht mehr wirklich auf, wie wir gedemütigt werden, weil es der Alltag ist, und die Zeitungen berichten natürlich auch nirgendwo auf der Welt über Alltag. Sie informieren über Selbstmordattentate und so genannte Strafaktionen der IDF. In Nablus habe ich täglich Schüsse gehört und nie eine Meldung darüber gelesen. Die Soldaten werfen Palästinenser inzwischen selbst dann auf den Boden, wenn Europäer zusehen. Wenn die internationalen Medien über das fast tägliche Töten in Palästina nicht berichten, so wissen die Soldaten, dass darüber erstrecht nicht geschrieben wird. Zum Semesterbeginn wollte ich mit palästinensischen Freunden nach Nablus. Am Checkpoint wurde nur ich durchgelassen. Meine Freunde erhielten nicht einmal eine Begründung, warum man sie nicht in die Stadt ließ. Sie haben dann versucht, zu Fuß über die Berge nach Nablus zu gelangen und sind natürlich entdeckt und verhaftet worden. Es hat ihnen gar nichts genützt, dass sie nachweisen konnten, es ganz legal am Checkpoint versucht zu haben und dass sie nicht aus Nablus heraus, sondern in die selbstverwaltete palästinensische Stadt hinein wollten. Sie haben die israelischen Soldaten gefragt, warum habt ihr uns denn nicht am Checkpoint verhaftet? Sie sind als Terroristen angeklagt worden."

Als ich gehen muss, sagt Helga: "Wenn die Deutschen nur einen Tag lang das Harmloseste dieser Praktiken durch ihre Polizei erleben müssten, sie würden alle revoltieren. Hier ist das seit Jahren und Jahrzehnten Alltag, und oft viel schlimmer. Nur wenige Palästinenser werden militant. Die Meisten gewöhnen sich selbst an das Schlimmste."

Zwischen Bir Zeit und Ramallah ist die jüdische Siedlungsstrategie gut zu sehen, mit der Palästina zerstört wird. Die jüdischen Siedlungen werden fast immer auf Bergen errichtet, die das umliegende Land beherrschen. Sharon behauptet, es würden keine neuen Siedlungen zugelassen, aber erstens sind jene die vor zwei oder drei Jahren nur einige Dutzend provisorische Häuser umfassten, heute bereits Kleinstädte mit Tausenden Einwohnern, die sich bis tief in die Täler ausdehnen. Zweitens kommen wir selbst an einer völlig neuen jüdischen Siedlung vorbei, die erst seit einigen Wochen existiert. Noch stehen an einem Berghang nur zwei, drei Dutzend Container und Wohnwagen, überragt von zwei israelischen Fahnen. Eigentlich hätte die Armee nach Sharons Behauptungen die Siedlung längst räumen müssen, aber in wenigen Wochen wird es hier einen Anschluss an die zentrale Elektro- und Wasserversorgung geben, dann wird der Bau fester Häuser und der Mauern gegen die arabischen Nachbarn beginnen, spätestens dann wird auch die Armee hier sein: Mit einem Stützpunkt und Wachtürmen, und wieder wird ein Stück Land heraus gebrochen worden und für Palästinenserinnen und Palästinenser nicht mehr betretbar sein.

11 Uhr, Ramallah, Treffen mit Yaser Abed

Yaser Abed ist der palästinensische Initiator, oder einer von ihnen, für die Genfer Vereinbarung und Präsident der Palastinian Peace Coalition. Es ist nichts Neues, das wir von ihm hören, kurz gefasst: Mauer, Zaun, die berüchtigten Bypass Roads zu den jüdischen Siedlungen, diese selbst und die zahllosen Blockaden sind Instrumente der Bantustanisierung Palästinas durch Israel. Der Gaza-Rückzug wird daran nichts ändern, nur die Bevölkerung weiter isolieren, während Israel alle Verantwortung leugnen wird. Yaser Abed fordert aber auch eine Demokratisierung der Palästinensischen Autonomiebehörde, eine Neuorganisation der politischen Ordnung und die Teilung der Macht und schnelle Wahlen in Palästina. Das

israelische Vorgehen in den vergangenen Jahren habe die palästinensischen Institutionen weitgehend zerstört.

13 Uhr, Riwaq: Kunstinstitut für die Pflege des palästinensischen kulturellen Erbes

Meine Kollegen wollten mittags unbedingt noch zu Arafats Hauptquartier, zur Muqataa. Ich hatte sie kurz nach ihrer fast vollständigen Zerstörung besucht, auch Arafat getroffen, der nahezu drei Jahre in diesem Gebäude beziehungsweise dem verbliebenen Anbau in faktischem Arrest verbringen musste. Nun ist Arafat in Paris, und auch wenn viele Palästinenser auf seine Gesundung hoffen, war in den letzten Tagen überall spürbar, dass man sich intensiv auf die Zeit nach ihm vorbereitet. Teile der Muqataa, darunter der große Beratungssaal, sind wieder aufgebaut worden, aber die Autos, die die Armee bei ihrem Sturm auf das Hauptquartier niedergewalzt hatte, liegen immer noch aufgetürmt herum - vielleicht auch als Barriere gegen die israelische Armee, falls sie es erneut versuchen sollte. Auch Beton- und Stahlhindernisse gegen Hubschrauberlandungen sind von den Palästinensern überall aufgebaut worden, seit sie fürchteten, dass Sharon Arafat aus dem Land bringen will.

Aber jetzt sitzen wir im sonnigen Garten des nichtstaatlichen Kunstinstituts Riwaq, das sich vor allem mit der Erhaltung alter palästinensischer Architektur beschäftigt. Riwaq funktioniert als gemeinnützige nichtstaatliche Organisation. Die sehr unterschiedlichen Projekte werden von palästinensischen Gemeinden, arabischen Staaten und Schweden finanziert.

Ich bin glücklich! Wir haben viele beeindruckende, warmherzige Menschen getroffen in diesen Tagen, und ich habe mich wohl gefühlt mit ihnen. Doch hier ist noch etwas anderes. Ich glaube, dass ich jetzt eben glücklich bin (und ich gehe nicht inflationär mit diesem Wort um), weil wir nicht nur mit wunderbaren Menschen und in einer so schönen Atmosphäre zusammen sind, sondern, weil es diesmal nicht nur im Widerstand geht, sondern um einen realen, schon stattfindenden erfolgreichen Aufbau. Hier sehe ich eine Gegenwart und Zukunft, die die Refusniks, die israelischen und palästinensischen Menschenrechtsorganisationen und die Friedensaktivisten auf beiden Seiten erst ermöglichen wollen. Ich empfinde, nein: ich erlebe in diesem Garten eine reiche, eigenständige Lebensfähigkeit der palästinensischen Gesellschaft, an der ich angesichts der Trümmer im Gazastreifen, der wirtschaftlichen und sozialen Not, der Korruption in den Verwaltungen, der israelischen Repressionen und der Zerstückelung des palästinensischen Territoriums so oft gezweifelt habe. Aber es sind auch so zauberhafte Menschen, die uns von ihren Projekten und Erfolgen erzählen, Architekten, Historiker, Ingenieure. Ihr Umgang ihre Herzlichkeit miteinander und uns gegenüber, der Humor, die Achtung zwischen den Älteren und den vielen ganz Jungen, die Freude und der offene Stolz, mit dem sie von ihren Ergebnissen berichten, die selbstbewussten, fröhlichen, jungen (und schönen) Frauen, die auch ihren Chefs ins Wort fallen - selten, ganz selten habe ich so etwas erlebt. Die palästinensische Architektur ist noch mehr vernachlässigt worden als andere Kulturbereiche, denn seit mehr als einem halben Jahrhundert sind die Palästinenser vor allem Flüchtlinge. Riwaq registriert die Baudenkmäler palästinensischer Kultur und Geschichte, macht sie bekannt und restauriert einige von ihnen für das soziale und kulturelle Gemeinschaftsleben in den Städten und Dörfern.

50.000 Architekturdenkmale sind von ihnen inzwischen erfasst und werden derzeit in einer umfassenden Datei digitalisiert. Es geht ihnen nicht nur um das ästhetische, kulturelle, geschichtliche Erbe, sie bauen alte Häuser gemeinsam mit Dorfbewohnern, Fraueninitiativen, Lehrerinnen und Lehrern, Kindern wieder auf, damit in den historischen Mauern modernes gesellschaftliches Leben stattfindet: Kunsterziehung, Ausstellungen, Musikveranstaltungen, politische Diskussionen. Einer der jungen Architekten bezeichnet ihr gemeinsames Ziel als "social development through restauration", soziale Entwicklung durch die Restaurierung alter palästinensischer Gebäude. Sie zeigen uns Fotos von wiederhergestellten Häusern und ihrer heutigen Verwendung. In einem Zeichenwettbewerb malen palästinensische Mädchen und Jungen die traditionellen Ornamente und das architektonische Schmuckwerk und bekommen vielleicht auch ein Gespür dafür, wieviel ihnen und ihrem Land verloren ginge, wenn diese alten Gebäude weiter verfielen, weil auch hier jeder von einem modernen Neubau träumt. Und wie in allen ärmeren Gesellschaften heißt Neubau in Palästina sicherlich etwas Mehr an Komfort und fast immer einen Verlust an Gestalt, Geschichte und Schönheit.

Viertel drei

Es fällt mir schwer, unser Gespräch mit Mustafa Barghouti, dem Direktor des Health, Development, Information and Policy Institute und mit einigen anderen Vertreterinnen und Vertretern palästinensischer Organisationen von dem zu unterscheiden, was wir bereits anderswo gehört haben. Barghouti ist auch Führer der oppositionellen Palästinensischen Nationalen Initiative. Seine Einschätzung der israelischen Politik ist offensichtlich die gleiche, aber die Kritik an den palästinensischen Behörden ist sehr scharf. Palästina benötige umfassende politische, vor allem demokratische Reformen und schnelle Neuwahlen unter europäischer Kontrolle, ansonsten würden die aktuelle Nomenklatura sie fälschen. Die PNI, sagt er, sei eine politische und soziale Bewegung für Unabhängigkeit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit und wolle eine echte politische Alternative zur PLO und zu Hamas "für die schweigende Mehrheit" werden. Ich bin nicht fähig, den Charakter und die Aussichten dieser Bewegung zu bewerten.

Eine Stunde später

Wir sind wieder voll im Luisa-Morgantini-Rhythmus und immer noch irgendwo in Ramallah. Das Zimmer ist mit Plakaten von Marwan Barghuti und Losungen für seine Freilassung geschmückt. Barghutis Frau und Mitglieder des Palästinensischen Parlaments berichten von seinen Haftbedingungen und der Lage der 7.500 anderen palästinensischen Häftlingen in israelischen Gefängnissen. Anderthalb Tausend Menschen sind zur Zeit in "administrative arrest", ohne jede Untersuchung, ohne Anklage und Verfahren. Israel ist eines der wenigen Länder, in denen Folter gesetzlich erlaubt ist. 166 Palästinenser seien unter der Folter gestorben. 750.000 Palästinenser, sagt man uns, sind seit 1967 eingesperrt worden, jeder zweite palästinensische Mann habe mehr oder minder lange einmal in einem israelischen Gefängnis gesessen.

Marwan Barghuti, der nach Arafat populärste Palästinenserführer und einer der ganz wenigen, der nicht als korrupt gilt, sitzt in strenger Isolationshaft. Nicht einmal seine Frau darf ihn besuchen, und kürzlich wurde auch sein Sohn inhaftiert. Israel wirft Marwan Barghuti, der Abgeordneter des Palästinensischen Parlaments ist, vor, für Terroranschläge verantwortlich zu sein. Die Novemberausgabe von "Le Monde diplomatique" schreibt über ihn: "In Westjordanland ist Barghuti die weitaus

populärste Figur. Er kann so populistisch auftreten wie Arafat, aber viel geschickter und flexibler agieren. Die Israelis werfen ihm vor, Terroranschläge organisiert zu haben, aber immerhin war er früher ein Verfechter der Zweistaatenlösung. Und sein stolzes Auftreten vor israelischen Richtern hat ihm bei seinem Volk noch mehr Statur verschafft (das habe ich vor anderthalb Jahren auch selbst erlebt; A.B.)... Ein neuer Aufruf zum Frieden mit Israel könnte ihn zu einem zweiten Nelson Mandela machen, dessen Freilassung die ganze Welt fordert. Sollte Israel nicht das Interesse haben, dass Barghuti seine historische Rolle wahrnimmt?"

Jerusalem, 19 Uhr

Für mich ist es der letzte Termin. Ich werde frühmorgens kurz nach fünf von Tel Aviv zurückfliegen. Um zwei Uhr nachts muss ich das Hotel verlassen. Die anderen haben morgen noch ein Treffen in der Knesset und im israelischen Außenministerium.

"The Parents Circle - the Families Forum" (Eltern-Zirkel - Familien-Forum) heißt die Organisation, die wir für diesen Abend in unser Hotel eingeladen haben. Eigentlich hatte ich gedacht, nichts wirklich Neues mehr erfahren zu können. Doch die Stunden dieses Abends wurden die Bewegendsten nicht nur während dieses Aufenthaltes, wohl aller meiner Begegnungen seit 1992 in Israel und Palästina.

Ich weiß, dass wir Menschen treffen, die Angehörige durch den Terror der israelischen Armee oder der palästinensischen Extremisten verloren haben und dennoch nicht Vergeltung, sondern Versöhnung wollen. 2001 haben wir zwei von ihnen im Europäischen Parlament mit dem Sacharow-Preis geehrt. Nurit Peled, eine Jüdin, hat damals im Plenarsaal in Straßburg eine Rede gehalten, deren moralischer und emotionaler Eindringlichkeit sich auch hartgesottene konservative Abgeordnete nicht entziehen konnten und von der ich überzeugt bleibe, nie etwas Besseres, nie etwas Menschlicheres gehört zu haben, und auch meine Abneigung gegen die Inflation der Superlative schützt mich nicht vor dieser Behauptung. Monatelang stand die Rede auf der Startseite meiner Homepage (sie ist auch heute noch unter meiner Web-Adresse zu finden, weil mir diese Haltung und ihr gedanklicher und rhetorischer Ausdruck so unendlich wichtig sind).

Als erster heute Abend redet Adel Misk, ein Palästinenser. Ach, hätte ich es doch einfach auf Tonband oder mit einer Kamera aufgenommen. Ich habe nur mitschreiben können; ich kann die Veränderungen in seinem Gesicht, das gegensätzliche Empfindungen widerspiegelt, nicht schildern, nur die unauslöschliche Traurigkeit und die Wärme seiner Augen erwähnen: "Wir alle haben Familienangehörige verloren. Es war ein langer Weg vom Hass zum Engagement für Versöhnung. Ich bin Arzt. Mein Vater ist in meinen Armen gestorben. Nach drei Tagen mit vielen Trauerbesuchen war ich allein. Zuerst wollte ich niemals vergeben. Ich hatte zuvor viele israelische Freunde. Ich habe der Polizei geholfen, den Mörder meines Vaters zu finden. Er ist Siedler. Er bekam nur zwei Jahre Gefängnis. Kinder hätten Steine geworfen, er habe sich bedroht gefühlt und geschossen. Ein vierzehnjähriger Steinwerfer ist auch ermittelt und verhaftet worden. Er ist zu sechs Monaten verurteilt worden. Später aber traf ich einen Israeli, der seinen Sohn durch einen Angriff der Hisbollah verloren hatte und sich dennoch für eine Aussöhnung mit den Palästinensern einsetzte. Wir sprachen miteinander, und ich merkte, dass er sich in der gleichen Situation wie ich befand, aber eine ganz andere Schlussfolgerung gezogen hatte. Wir haben uns dann entschieden, gemeinsam für einen Frieden zwischen unseren Völkern zu arbeiten und andere betroffene Familien zu finden. Das

half und hilft uns persönlich, unser Schicksal zu bewältigen. Das ist das erste. Das zweite: Wir wollen, dass so etwas anderen erspart bleibt. Wir werden keinen Frieden haben, so lange es die Okkupation gibt. Wir sagen anderen Menschen, dass wir Frieden miteinander brauchen, damit niemand mehr seine Kinder, Eltern oder Geschwister verliert, nicht in Palästina und nicht in Israel."

Der Mann, den Adel Misk getroffen hatte, sitzt neben ihm, der grauhaarige, vielleicht 60jährige Chradi. Seine Geschichte: "Ich komme aus einer klassischen israelischen Familie von Zionisten, Sozialisten, Gewerkschaftern. Ich hatte mich immer als einen Menschen gesehen, der für Frieden kämpft, meine ganze Familie. Mein jüngstes Kind, mein Sohn Noah meinte also auch, dass er in einer demokratischen Armee und für Frieden, Sicherheit Dienst tut. Er ging auch befehlsgemäß in den Südlibanon, obwohl wir alle, er auch, die Besetzung falsch fanden. Seine Mutter war in einer Frauen-Initiative gegen die Besetzung: 'Lebanon in Peace'. Fünf Tage vor seiner Entlassung wurde er durch eine Bombe auf dem Weg getötet. An seiner Uniform trug er das Zeichen dieser Frauenorganisation: 'Lebanon in Peace'. Es war der Abend des Holocaustgedenktes, als es an der Tür klopfte. Das Bild kennt jeder: Zwei Militärs, ein Zivilist. Niemand musste mir etwas sagen. Ich schrie und weinte. Wozu sollten wir noch leben?! Es war unser Jüngster, unser Fröhlichster. Wir mussten nur wegen unserer anderen Kinder noch leben. Zwei Tage später bekamen wir seine Sachen und seine Uniform mit dem Abzeichen gegen die Besetzung des Südlibanons. Ein Offizier sagte uns, dass er darauf bestanden hatte, es zu tragen. Für uns war das wie ein Zeichen. Wir haben den entsetzlichen Preis bezahlt. Wir haben das Recht, Ihnen und allen zu sagen, dass man ein Zionist sein kann und ein Humanist zugleich. Wenn du kein Humanist bist, bist du ein Betrüger, nicht ein Zionist. Wir nutzen die moralische Autorität, die wir durch unser Schicksal haben, um Palästinensern und Israelis ein Beispiel zu geben, dass es auf beiden Seiten menschliche Partner gibt, gegen das Zerrbild in den israelischen und arabischen Medien, gegen die Mauer und die Verbote zwischen uns. Wir haben eine Telefon-Hotline eingerichtet und finanziert "Hallo Schalom, Hallo Salam", eine halbe Million Gespräche hatten wir für Kontakte zwischen Palästinensern und Israelis. Wir brauchen Ihre Hilfe, auch finanzielle Unterstützung, um das fortzusetzen. Der Konflikt muss gelöst werden. Er kann gelöst werden. Politisch und durch die Menschen, die miteinander für eine gemeinsame Zukunft und nicht für eine hasserfüllte Vergangenheit arbeiten."

Der Dritte ist Chadit Aberman aus Hebron (ich weiß nicht, ob ich seinen Namen richtig gehört, schon gar nicht, ob ich ihn richtig geschrieben habe): "Ich möchte einfach, dass Menschen und ihre Kinder leben können. Ich war aktiv in der ersten Intifada und verlor deshalb meine Arbeit als Lehrer. Ich fand dann etwas Anderes und habe meine Familie finanziell unterstützt, bis am 16. November 2000 mein Bruder im Dorf Bet Omar von israelischen Soldaten erschossen wurde. Mit einem aufgesetzten Kopfschuss. Mein zweiter, vierzehnjähriger, Bruder wurde kurz darauf vor dem Haus unserer Mutter durch einen Schuss aus großer Entfernung getötet. Er hatte dort beim Teetrinken gesessen. Wenn es einen selbst trifft, ist es völlig anders, als wenn man davon hört. Ich hatte jüdische Freunde. Ich wollte keinen Juden mehr sehen, kein Hebräisch mehr hören. Als man mir sagte, eine israelische Friedensgruppe wolle mit mir sprechen, wehrte ich ab. Sie sind Feinde. Aber ich ließ mich dann doch überreden. Beim erstenmal dachte ich, die sind närrisch. Doch es ist arabischer Brauch, einen Gast zu achten, also trafen wir uns noch einmal. 45 Israelis und 50 Palästinenser aus meiner Gegend trafen sich bei mir. Ich dachte aber die

ganze Zeit: die sind Schuld, die Israelis sind Schuld. Zwei Mütter, eine Jüdin und eine Frau aus meinem Dorf, haben erzählt, wie sie ihre Kinder verloren haben. Sie weinten beide. Und ich spürte plötzlich unser gemeinsames Schicksal. Ich wollte es nicht, aber es war so. Wir können die Vergangenheit nicht ändern, nur die Zukunft."

Ramin Charan ist Grafiker, Jude, Israeli, "Zionist", sagt er, "vor allem aber Mensch. Ich war 1973 Soldat im Jom-Kippur-Krieg. Ich bin verbittert zurückgekehrt. Ich hatte zwei gute Freunde verloren. Ich habe Familie, vier Kinder. Unsere Tochter Smadou war 14 Jahre alt als zwei Selbstmordattentäter, fünfhundert Meter von diesem Hotel entfernt, sie und andere in den Tod rissen. Ihr Großvater war ein sehr prominenter israelischer General, einer unserer Helden von 1947/48 und Generalstabschef im Sechs-Tage-Krieg 1967. Er war aber auch einer der ersten, die einen Ausgleich mit den Palästinensern wollten. Als er 1995 starb, waren alle militärischen und politischen Größen des Landes beim Begräbnis dabei. Als sieben Jahre später seine Enkelin, meine Tochter, ermordet wurde, waren wieder alle da. Und danach bist du allein. Die denkst, was willst du jetzt tun, was kannst du jetzt noch? Das erste war: Rache! Das zweite: Ich wollte verstehen, wie so etwas geschehen kann und persönlich etwas dagegen tun. Dafür habe ich ein Jahr gebraucht. Hans Frankenthal lud mich ein, gemeinsam etwas gegen den Hass und für den Frieden zu tun. Ich habe ihn angeschrien: Wie kannst du?! Aber er schlug vor, komm mit, sieh es dir an. Was dort mit mir geschah, dort waren Juden und Araber zusammen, kann ich nicht erklären. Ich bin wenig religiös, aber alles änderte sich für mich. Wir sind gemeinsam Menschen. Wir haben Aktionen organisiert, Schaufensterpuppen aufgestellt, um die Zahl der Toten auf beiden Seiten zu zeigen, 300 im Jahr 2000, jetzt über 4.000, mit israelischen und palästinensischen Fahnen. Ich sage euch Danke dafür, dass ihr nicht abseits steht. Wir brauchen euch."

Omar ist Arzt, Palästinenser, er hat in Rumänien studiert. Sein Vater und sein Bruder wurden getötet, er selbst war während der ersten Intifada sechs Monate in "administrativer Gefangenschaft", ohne jede Anklage, ohne Urteil, später noch einmal vier Monate und erneut sechs Monate: "Sie haben mit mir gemacht, was sie wollten. Nie habe ich eine Anklage erhalten. Ich wollte das Land verlassen. Ich habe es auch verlassen und den zweiten und dritten Grad meiner ärztlichen Ausbildung gemacht. Aber ich bin zurückgekehrt. Es ging nicht anders. Ich muss hier sein. Wir sprechen in unserem Forum über unser Leiden in Palästina und in Israel. Wir haben ja nur eine Möglichkeit: Frieden. Und den Frieden bekommen wir nur miteinander. Oder gar nicht."

Zwei Stunden haben wir nur zugehört. Wir sind nicht in der Lage nachzufragen; es wäre auch falsch. Evans, meine walisische Kollegin, hat rot geweinte Augen. Ich streichle sie. Sie lächelt hilflos. Ich glaube, es geht uns allen so.

Obwohl mir nur noch wenige Stunden zum Schlafen bleiben, sitze ich noch mit Claudia und Françoise zusammen. Wir sprechen über alles Mögliche und sind uns einig, dass wir über diesen Abend nicht reden können und nicht reden müssen, wenigstens nicht jetzt.

3. November, 6 Uhr morgens

Ich fliege zurück. Es scheint, dass Arafat im Sterben liegt. Was wird das für den Nahen Osten bedeuten? Es wird sich schnell zeigen, dass nicht Arafat oder wer auch immer über den Frieden entscheidet, sondern die ehrliche Bereitschaft Israels zum

Abzug aus Palästina, auch aus Ostjerusalem, und die Fähigkeit auf beiden Seiten, jede Gewalt, jeden Terror, eben auch und insbesondere den eigenen, konsequent zu ächten und zu verachten. Die BILD-Zeitung fordert in ihrer heutigen Ausgabe: Die Palästinenser müssten begreifen, dass sie Frieden mit Israel schließen müssen. "Die" Palästinenser. Abgesehen von der Einseitigkeit bin ich angewidert vom Rassismus dieser Pauschalisierung eines ganzen Volkes.

Es ist Zufall, dass ich Arthur Millers "Brennpunkt" auf die Reise mitgenommen habe. Als ich das Reclam-Bändchen einpackte, wusste ich nicht, wovon der Roman handelt. Aber ich hätte kaum etwas Passenderes finden können als diese Geschichte eines biederen amerikanischen Christen, der selbst antisemitisch denkt und empfindet, jedoch im Sommer 1943 oder 1944 Opfer des um sich greifenden aggressiven Antisemitismus in der damaligen amerikanischen Gesellschaft wird, durch einen banalen Zufall, weil ihn seine neue Brille in den Augen seiner Nachbarn und der Mitglieder der "Christlichen Front" jüdisch aussehen lässt. Arthur Miller erzählt in dem Buch auch die Geschichte eines Pogroms und des Schicksal des Juden Itzig aus dem alten Galizien, die ein Jude seinem Sohn immer wieder berichtet hatte. Der steht eines viel späteren Tages, eben in diesem Kriegssommer, am Grab des Vaters, "doch er sah nicht den Grabstein, sondern das Gesicht seines Vaters, das vor seinem geistigen Auge schwebte. Und in seiner Erinnerung formte sich die alte Frage, die er immer gefragt hatte, wenn sein Vater mit seiner Erzählung zu Ende war: 'Und was ist der Sinn?' 'Was der Sinn ist?' antwortete dann der Vater. 'Es gibt da keinen Sinn. Was konnte dieser Itzig tun? Er musste tun, was man von ihm erwartete, und das musste so enden, wie er wusste, dass es enden würde, und es gab keine andere Möglichkeit. Das ist der Sinn.'" Millers Geschichte aber endet anders als diese, der Nichtjude Newmann wehrt sich gemeinsam mit seinem jüdischen Nachbarn, ganz und gar nicht freiwillig, sondern weil die antisemitische Gewalt keinen Unterschied zwischen beiden machte, aber als er dann nach den Juden in der Straße gefragt wird, sagt er: "'Da sind die Finkelsteins an der Ecke...'" 'Nur die und Sie selber?' unterbrach der Polizist. 'Ja. Die Finkelsteins und ich', sagte Newmann." Ich habe Israelis und Palästinenser und die Deutsche Studentin Helga getroffen, die auf die Frage nach den Juden und den Arabern ebenso antworten würden. Ich möchte doch bald wieder hierher zurückkehren.